forschen · beraten · gestalten

Jahresbericht 2016/2017

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

ISS
Gemeinnütziger e. V.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main

Impressum

Herausgeber
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Frankfurt am Main

Design und Layout
Petra Baum

Druck
arago Consulting GmbH

Fotonachweise
© Titelseite von links oben nach rechts unten:
johnmerlin – Fotolia.com, Nataliia Pyzhova – Fotolia.com, imtmphoto – Fotolia.com, ISS e. V., transparenter Hintergrund: Nataliia Pyzhova – Fotolia.com
© Innenteil:
S. 4: ISS e. V., S. 5: ISS e. V. (2), S. 7: Markus Püttmann, S. 8: nutthaseth – stock.adobe.com, S. 9: ISS e. V., S. 11: ISS e. V., S. 12: Thomas K. – photocase.com, S. 15: ISS e. V. (2), S. 16: Unsplash – Pixabay.com, S. 17: oneinchpunch – stock.adobe.com, S. 18: Michael D Brown – stock.adobe.com, S. 21: BMFSFJ, S. 22: kallejipp – Photocase.com, S. 25: ISS e. V., S. 26: Skitterphoto – Pixabay.com, S. 28: ISS e. V., S. 33: ISS e. V., S. 34: ISS e. V., S. 35: ISS e. V., S. 36/37: ISS e. V., S. 38: ISS e. V., S. 39: ISS e. V.
© **Rückseite:** ISS e. V., transparenter Hintergrund: Nataliia Pyzhova – Fotolia.com

Inhalt

Vorwort | 5

Geschäftsfelder 7

Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung | 8
Geschäftsfeld Soziale Inklusion | 11
Geschäftsfeld Soziale Innovation | 15
Geschäftsstelle „Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“ | 20
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa | 22
Referenzliste | 24

Transfer 25

Fortbildungen und Transfer | 26
Fortbildungen und Inhouse-Seminare für die Bereiche Kinderschutz und Netzwerke Frühe Hilfen | 27
Publikationen, Vorträge und Lehraufträge | 28
Praxisforschung und Projekte | 32

Organisation 33

Ein Institut auf dem Weg zur agilen Organisation – das ISS verändert sich | 34
ISS-Vorstand | 34
Fachbeiräte | 35
Struktur des ISS | 36
Neu im ISS: Das Projektmanagementbüro | 38
Kontakte | 39

42

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. ist seit über 40 Jahren der Beforschung von gesellschafts- und sozialpolitischen Fragen und der Vermittlung von relevanten Erkenntnissen verpflichtet. Das ISS ist im besten Sinne ein „intermediäres" Institut und verbindet wie kein anderes unterschiedliche Themenbereiche und föderale Ebenen. Die Mitarbeitenden beraten Politik und Praxis mit einer breiten Vernetzung innerhalb der Akteurslandschaften. Ich freue mich, Ihnen mit diesem Doppel-Jahresbericht einen Überblick über unsere Tätigkeiten in den Jahren 2016 und 2017 geben zu können.

Neben den „klassischen" Institutsbereichen, wie der Kinderarmutsforschung, beschäftigte sich das Institut in diesem Zeitraum insbesondere mit der gesellschaftlichen Bewältigung des Flüchtlingszustroms. Wir erforschten beispielsweise die Lebenslagen von jungen Geflüchteten und erarbeiteten daraus Handreichungen für Kommunalpolitik und Fachpraxis. Mit dem Ansteigen der Asylverfahren verstärkten sich auch rechtsradikale und -populistische Strömungen in Deutschland. Dem möchten wir mit unseren Tätigkeiten entgegenwirken. Der Arbeitsbereich „Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention" ist mittlerweile der umfangreichste im Institut geworden. Wir widmen uns hier insbesondere den Bedrohungen, die Engagierte beispielsweise in der virtuellen Welt oder ganz manifest im Alltag erfahren.

Die Gleichstellung der Geschlechter beschäftigte uns ebenfalls in einer Reihe von Projekten. Zusätzlich zur Durchführung von internationalen Fachgesprächen in der „Beobachtungsstelle für die gesellschaftspolitische Entwicklung in Europa" stand dabei die Begleitung der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung im Mittelpunkt. Das Gutachten wurde im Januar 2017 übergeben und empfiehlt zentrale gesellschaftspolitische Maßnahmen.

Außer diesen sehr umfangreichen Projekten fanden in vielen Bereichen weitere Forschungen, Begleitungen und Beratungen statt, die Sie auf den folgenden Seiten vorgestellt finden.

Über die inhaltlichen Tätigkeiten hinaus beschäftigte uns in den vergangenen zwei Jahren insbesondere die Frage, wie sich ein so vielfältiges Institut wie das ISS im Hinblick auf die ständig beschleunigenden Prozesse im Umfeld gut, nachhaltig und modern organisieren kann. Im Rahmen einer internen Organisationsentwicklung haben wir uns intensiv mit dem Aufbau und den Abläufen im ISS beschäftigt. Als Ergebnis entstand eine neue interne Struktur, die es uns ermöglicht, sehr viel flexibler zu agieren und auf gesellschaftliche Entwicklungen oder die Bedürfnisse von Kunden zu reagieren. Die Hintergedanken und Ziele sowie die neue Aufbauorganisation des Instituts finden Sie auf den Seiten 33 ff. Unter anderem ist dabei eine Selbstbeschreibung des ISS entstanden, die Sie nebenstehend auf dieser Seite finden.

Ich wünsche Ihnen nun viel Spaß und Gewinn bei der Lektüre unseres Doppel-Jahresberichtes 2016/2017!

Benjamin Landes
Direktor des ISS

Das ISS

... ist vor 45 Jahren aus der Arbeiterwohlfahrt heraus entstanden und seither **ein auf den Sozialen Bereich spezialisiertes Praxisforschungsinstitut**. Wir forschen und evaluieren als eines der führenden Institute in den Themenbereichen Alter, Armut, Demokratieförderung, Europa, Gleichstellung, Kinder/Jugend/Familie, Migration und Verbandsentwicklung und arbeiten dabei in den Überschneidungsfeldern von Wissenschaft, Politik und Praxis. Wir begleiten und beraten die öffentliche Hand, Wohlfahrt und Fachkräfte in ihrer professionellen Entwicklung durch die Erarbeitung und den Transfer von Wissen. Mit Hilfe unserer breiten Vernetzung in den Akteurslandschaften sowie des interdisziplinären Fachwissens unserer Teams geben wir gesellschaftspolitische Impulse, stoßen fachliche Debatten an und haben den Anspruch, Gesellschaft mitzugestalten. Am Puls der Zeit stellen wir uns neuen gesellschaftlichen Herausforderungen wie z. B. dem Thema „Soziale Arbeit 4.0". Aus der Praxis, mit der Praxis und für die Praxis wollen wir verstehen, wie die Lebensverhältnisse von Menschen gestaltet werden müssen, um sozialer Gerechtigkeit näherzukommen.

Geschäftsfelder

Das Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung

Rahmenbedingungen, Maßnahmen und Konzepte, die eine aktive Beteiligung von Bürger*innen an der Gestaltung einer sozialen und demokratischen Gesellschaft befördern, stehen im Fokus des Geschäftsfeldes. Seit etwa 25 Jahren widmen wir uns den Themen Prävention von Rechtsextremismus sowie Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. In Form von Expertisen, wissenschaftlichen Begleitungen sowie fundierten Evaluationen leistet das Team Beiträge zur Reflexion und Fortschreibung des Handelns staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Auch in den Jahren 2016 und 2017 lagen die Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsfeldes in der Wissenschaftlichen Begleitung komplexer Programme sowie von Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung von Fachkräften des Themenfeldes. Im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ evaluieren wir die Partnerschaften für Demokratie. Hier hat sich das Team insbesondere mit innovativen Perspektiven einer gemeinwesenorientierten Stärkung von Demokratie und Vielfalt befasst. In Zusammenarbeit mit Expert*innen haben wir nicht nur ein Instrument entwickelt, das die vielfältigen Vorgehensweisen der Partnerschaften systematisiert, sondern auch einen Ansatz, der es erlaubt, ihre demokratische Qualität abzubilden. Denn der Beitrag dieser Bündnisse zur politischen Kultur hängt zwar von der Entwicklung passgenauer Handlungsstrategien ab. Darüber hinaus ist es jedoch von Bedeutung, ob und in welchem Umfang es gelingt, grundlegende demokratische Prinzipien in zentrale Prozesse und Strukturen einzubinden und diese über das Alltagshandeln erfahrbar zu machen.

Gewalt und Einschüchterungsstrategien demokratiefeindlicher Akteure sowie Rückmeldungen vereinzelter Koordinator*innen Lokaler Partnerschaften für Demokratie haben uns ferner veranlasst, ein besonderes Augenmerk auf mögliche Bedrohungslagen in den Förderregionen zu legen. Die Untersuchung der Situation vor Ort hat gezeigt, dass vielerorts polarisierende Auseinandersetzungen im Kontext Flucht und Asyl stattfinden. Engagierte Akteure werden zudem behindert und erleben Formen der persönlichen Bedrohung.

Grundsätzlich legen wir großen Wert darauf, an der Fachpraxis orientierte Instrumente und Konzepte zu entwickeln, mit denen es gelingen kann, komplexe Arbeitszusammenhänge nachzuzeichnen. Für unser Vorgehen in den obigen Arbeitsschwerpunkten gilt deshalb, dass wir einerseits theoretisch fundiert und in Anlehnung an Mixed-Method-Designs arbeiten. Andererseits stehen wir schon bei der Instrumentenentwicklung im Austausch mit Praktiker*innen des Themenfeldes. Im Jahr 2017 wurde die systematische Untersuchung „Lokaler Bedrohungslagen“ vertieft und unser standardisiertes Erhebungsinstrument fortentwickelt.

Wir planen überdies, zusätzlich zur bundesweiten Auswertung der Evaluationsdaten, länderspezifischen Schlüsselakteuren steuerungsrelevante Kennzahlen zur Verfügung zu stellen. Da wir selbstverständlich auch einen Beitrag zur (Fort-)Entwicklung der Fachpraxis leisten möchten, wird in Kürze eine Handreichung veröffentlicht. Thema wird die „Jugendpartizipation“ im Kontext kommunaler Demokratieförderung sein.

Wissenschaftliche Prozessbegleitung des Modellprojektes „Projekt Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“

Der radikale Salafismus beschäftigt seit einigen Jahren Öffentlichkeit, Politik und Sicherheitsbehörden. Im Brennpunkt der Wahrnehmung stehen dabei Personen, deren extremistische Karrieren zur Ausreise in die Kriegsgebiete des Nahen Ostens führen. Aber auch abseits einer extremistischen Ausprägung kann es im Kontext dieses Themas in der Schule, in Jugendeinrichtungen und in der Familie zu Konflikten kommen, auf die der erzieherische Kinder- und Jugendschutz reagieren muss.

Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen fördert vor diesem Hintergrund das

Modellprojekt „Plan P." Das interdisziplinäre Vorhaben hat zum Ziel, flächendeckende Präventionsangebote gegen salafistische Radikalisierung in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Mit dem Projekt „Plan P." soll ein landesweites Kompetenz- und Beratungsnetzwerk im Rahmen der Regelstrukturen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes aufgebaut werden. Konkret heißt dies, dass in allen Kommunen / Jugendamtsbezirken Fachkräfte fortgebildet werden, die als zentrale Ansprechpartner*innen hinsichtlich der Salafismusprävention kompetent beraten bzw. zielorientiert an fachkundige Expert*innen weiterleiten. Die Besonderheiten dieses Projektes bestehen im primärpräventiven Ansatz sowie in seiner flächendeckenden Verankerung in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe. In Kooperation mit dem Violence Prevention Network e. V. (Berlin) war das Geschäftsfeld mit der wissenschaftlichen Prozessbegleitung beauftragt.

Das ISS begleitete den Umsetzungsprozess, indem es die verantwortlichen Akteure bei der Explikation von Leit-, Mittler- und Handlungszielen und der Erarbeitung eines logischen Modells unterstützte. Ferner wurden prüfbare Qualitätskriterien für die Projektumsetzung und ein entsprechendes Dokumentationssystem erarbeitet. Zum Auftrag gehörte es auch, ein Qualitätsverständnis für die anvisierte zukünftige Vernetzungsarbeit zu entwickeln und ausgewählte Fortbildungsmaßnahmen mittels teilnehmender Beobachtungen zu evaluieren.

Wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs „Lokale Partnerschaften für Demokratie" im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Die Wissenschaftliche Begleitung der „Lokalen Partnerschaften für Demokratie" im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" hat u. a. zur Aufgabe, zentrale Strukturen, Prozesse und Ergebnisse der Umsetzung zu untersuchen. Einen wesentlichen Bestandteil bilden dabei die jährlich stattfindenden Querschnittsuntersuchungen. Hier werden ausgewählte Themenbereiche fokussiert und auf Grundlage multimethodischer Erhebungen vertiefende Befunde generiert (z. B. Transformation, Nachhaltigkeit oder Jugendpartizipation). Darüber hinaus führt das ISS die Evaluation der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiter*innen der Koordinierungs- und Fachstellen durch. Im Jahr 2016 setzte sich der Arbeitsauftrag aus folgenden Schwerpunktaufgaben zusammen:

- Untersuchung der Bedrohungslagen in den Förderregionen der Partnerschaften für Demokratie,
- Vertiefende Querschnittsuntersuchung zur inhaltlichen und strukturellen Veränderung der Arbeit von Begleitausschüssen,
- Gesamtindex zur Zielerreichung Lokaler Partnerschaften für Demokratie und
- Monitoring der Implementierung und Umsetzung der Partnerschaften.

Ein zentraler Kernbefund der Wissenschaftlichen Begleitung durch das ISS ist, dass die Partnerschaften für Demokratie in hohem Maße mit polarisierenden öffentlichen Auseinandersetzungen im Themenfeld Flucht und Asyl konfrontiert sind. In etwa drei von vier Förderregionen finden diese Auseinandersetzungen im öffentlichen und/oder virtuellen Raum statt. In mehr als der Hälfte der Standorte wurden zudem Geflüchtete Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen. Hierbei zeigt sich, dass die Auseinandersetzungen auf der Emotions- statt auf der Sachebene ausgetragen werden. Die Koordinator*innen berichten, dass sie bei Protesten gegen Flüchtlingsunterkünfte und Zuwanderung eine Durchmischung von

Geschäftsfeldleitung

Irina Bohn

irina.bohn@iss-ffm.de
069 957 89-158

Geschäftsfeldprofil

Aufgabe des Geschäftsfeldes Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung ist es, Rahmenbedingungen, Prozesse und Handlungskonzepte, die eine aktive Beteiligung der Bürger*innen an der Gestaltung einer sozialen und demokratischen Gesellschaft befördern, zu beobachten, zu unterstützen und weiterzuentwickeln.

Die zentralen Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsfeldes lagen in den Bereichen:

- Prävention von Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratieförderung
- Bedarfermittlung im Bereich U3-Betreuung
- Freiwilliges Engagement, Jugendpartizipation und Bürgerbeteiligung
- Prozesse der partizipativen Konzeptentwicklung
- Entwicklung und Transfer von beteiligungsorientierten Modellen und (Qualitäts-)Konzepten in kommunalen Kontexten

rechten Szenen und Teilen der asylablehnenden Bevölkerung wahrnehmen. Die Proteste sind nicht mehr ausschließlich auf zugewanderte Personen gerichtet, sondern schließen auch Personen mit ein, die demokratische Werte offen vertreten, leben und für diese beruflich aktiv sind. Engagierte Akteure aus der Zivilgesellschaft sind ebenso häufig von Anfeindungen und Übergriffen betroffen wie Geflüchtete.

Die Bedrohungen erfolgen online oder in persönlichem Kontakt und schaffen ein Klima von Ermüdung und Angst. Es formiert sich aber auch Gegenwehr, insbesondere dann, wenn die Unterstützung der Betroffenen breit ausdifferenziert ausfällt, durch die politisch verantwortlichen Spitzen öffentlich erkennbar und von einer guten Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden gestützt ist. Die Ergebnisse zeigen ferner, dass eine bisher nicht breit genug thematisierte und aus Sicht der Koordinator*innen auch „neue" Dimension der lokalen Auseinandersetzung um demokratische Werte konstatiert werden kann. Lokale Partnerschaften werden bei ihrer Arbeit systematisch eingeschränkt. Exponierte Akteure sollen durch Bedrohungen zum Rückzug aus ihrem Engagement bewegt werden.

Die Untersuchung der Partnerschaften selbst hat einerseits gezeigt, dass es vielerorts bereits gelingt, eine förderliche Kooperationskultur in den Steuerungsgremien zu etablieren. So werden heterogene Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammengebracht und im Engagement für gemeinsame Themenstellungen vereint. Gleichzeitig sind jedoch auch Nachsteuerungspotenziale erkennbar. Ausbaupotenziale zeigen sich hinsichtlich der Einbindung von Migranten(selbst)organisationen, Jugendlichen und von Vertreter*innen der Bereiche Wirtschaft, Schule und Sport. Es fiel zudem auf, dass sich die Mitglieder der Begleitausschüsse vorwiegend bei der Planung des lokalen Vorgehens und der Bewilligung von Projekten engagieren. Die Intensität ihres Engagements fällt entgegen bestehender Bedarfe sowohl hinsichtlich der Steigerung des öffentlichen Bekanntheitsgrades der Partnerschaften als auch der aktiven Vernetzung und Einbindung neuer Akteure in die Steuerungsgremien, bislang eher gering aus.

Überraschenderweise zeichneten sich überdies Schwächen in der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements ab. Relative Stärken lagen in den Bereichen Kooperation und Vernetzung.

Projekte

Wissenschaftliche Begleitung des Programmbereichs Lokale Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektpartner
Camino gGmbH, Berlin
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2019
Ansprechpartner*innen
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-158
Jan Saßmannshausen
✉ jan.sassmannshausen@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-115
Sybille Kühnel

Elternbefragung zur Ermittlung des Bedarfs an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung
Auftraggeber
Stadt Nürnberg
Projektlaufzeit
September 2015 – Februar 2016
Ansprechpartnerin
Sybille Kühnel

Wissenschaftliche Begleitung „Projekt Plan P. – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung"
Auftraggeber
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW
Projektlaufzeit
Mai – Dezember 2016
Ansprechpartnerin
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-158

Stärkung des Engagements im Netz – gegen Hass im Netz
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
November 2017 – Ende 2019
Ansprechpartnerin
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-158

Das Geschäftsfeld Soziale Inklusion

„Zehn Jahre nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise steht Deutschland heute (…) sehr solide da. Kontinuierliches Wirtschaftswachstum, die höchste Beschäftigtenzahl und die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit sowie steigende Reallöhne zuletzt vor allem für Geringverdienende sind ein weiterer Ausdruck dieser ökonomischen Stabilität." Mit diesen Sätzen beginnt die Kurzfassung des fünften Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. Demgegenüber stehen eine ganze Reihe an Belegen, die auf ein Anwachsen der Ungleichheit in Deutschland hinweisen. So stieg der Anteil der von Einkommensarmut betroffenen Personen von 1997 bis 2013 von 10,8 % auf 15,5 %. Nur 64 % der Familien mit Kindern waren noch nie von Armut betroffen.

Die Vermessung und Bekämpfung von Armut und Ungleichheit ist seit Bestehen des Institutes ein wichtiger Bestandteil der Arbeit. Wir entwickeln Handlungskonzepte, stellen sie der Praxis zur Verfügung und begleiten sie in der Umsetzung. Im Berichtszeitraum war das Thema „Kinderarmut" insbesondere in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der restlichen Bundesrepublik zurecht ein sehr präsentes Thema. Das ISS beteiligte sich mit unterschiedlichen Studien und Projektbegleitungen daran. Das Konzept der „Präventionsketten" ist dabei zu einem der Handlungsstandards der Kommunen und Länder geworden und wir sind stolz darauf, einer der Urheber zu sein. Das Kernprojekt „Monheim für Kinder" ist dabei weiterhin ein Leuchtturm und findet zahlreiche Nachahmer. Die Projektarbeiten des ISS beschäftigten sich in den Jahren 2016 und 2017 vor allem mit der Beschreibung von Armutsfolgen, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Das Geschäftsfeld Inklusion hat neben dem Armutsthema zahlreiche weitere Projekte bearbeitet, die dem Grundgedanken – Teilhabe für Benachteiligte zu ermöglichen – folgen. So unterstützen wir beispielsweise das Bundesseniorenministerium bei der Etablierung einer nationalen Demenzstrategie oder nahmen an den Diskussion um die Bewältigung des Flüchtlingszustromes teil. Die Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit und der zugehörige Fachbeirat bilden dabei weiterhin das fachliche Aushängeschild für diesen Bereich.

Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche in Deutschland – Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland

Heute weniger ein Erkenntnisdefizit als vielmehr ein Handlungsbedarf

Hierzulande wachsen nach wie vor junge Menschen unter Armutsbedingungen auf. Ende 2016 lebten den Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zufolge 1,994 Mio. Jungen und Mädchen im Alter unter 18 Jahren in Familien, die auf SGB II-Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (umgangssprachlich Harzt IV) angewiesen waren. Das entspricht einer durchschnittlichen SGB II-Quote von 14,8 %. Dabei sind ganz besonders Kinder aus Ein-Eltern-Familien, aber genauso Kinder mit Migrationshintergrund, junge Menschen, die in sozial belasteten Quartieren aufwachsen oder auch Kinder mit zwei und mehr Geschwistern verstärkt von Armut betroffen. Von allen unter 18-Jährigen wächst mehr als die Hälfte mit einem Elternteil auf.

Die öffentliche Debatte zum Thema wird seit langem in Politik, Forschung und Praxis geführt und es besteht Konsens darüber, dass „Kinderarmut" ein ernstzunehmendes Problem – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, dem immer größer werdenden Bedarf an Fachkräften, aber genauso wichtig aus Gründen von Chancengerechtigkeit sowie von Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe aller sozialen Gruppen – ist, und dringender Handlungsbedarf besteht. Auch wenn mittlerweile verschiedene Präventionsansätze und integrierte Handlungsstrategien auszumachen sind, so muss dennoch konstatiert werden: Es ist bis heute nicht gelungen, Kinderarmut deutlich zu reduzieren.

Geschäftsfeldleitung

Claudia Laubstein
(kommiss. Leitung bis März 2017)
claudia.laubstein@iss-ffm.de
069 957 89-126

Geschäftsfeldprofil

Das Geschäftsfeld Soziale Inklusion befasst sich mit Teilhabe und sozialer Inklusion aus zwei Blickrichtungen. Auf der einen Seite führen wir empirische Analysen von Benachteiligung und Ausgrenzung durch. Auf der anderen Seite setzen wir uns theoretisch wie konzeptionell mit Prävention und Inklusion – z. B. kommunalen Präventionsstrategien – auseinander. Dadurch ergibt sich einerseits das ganz spezifische Profil des Geschäftsfeldes und andererseits auch die einmalige Chance einer komplexen Beschäftigung mit sozialen Phänomenen. Die Analysen liefern unmittelbar Hinweise auf gesellschaftliche Verwerfungen und damit Ansatzpunkte zum Weiterdenken über inklusive Strukturentwicklung und präventives Handeln. Hierfür arbeiten wir nach hohen wissenschaftlichen Standards, führen gezielt qualitative Befragungen durch und werten quantitative Datensätze aus.
Das Leistungsspektrum des Geschäftsfelds reicht von der Evaluation und wissenschaftlichen Begleitung über die fachlich-inhaltliche Beratung bis hin zum Erstellen von Studiendesigns und der Durchführung von umfassenden Projektvorhaben.

Die zentralen Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsfelds lagen in den Bereichen:

- Soziale Inklusion
- Lebenslagenforschung
- Kinder- und Familienarmut
- Armutsprävention
- Migration und Soziale Arbeit
- Wohnungslosigkeit bei Kindern und Jugendlichen

Umsetzung der Meta-Studie – Auftrag, Fragestellungen, Methodik und Suchstrategie
Die Bertelsmann-Stiftung beauftragte das ISS mit einer Meta-Studie, um den bisherigen Forschungsstand zu „Kinderarmut" in Deutschland systematisch aufzuarbeiten und damit auch einen gebündelten Einblick zu geben, was Armut konkret für Kinder und Jugendliche bedeutet.

Im Rahmen dieser Meta-Studie sollten neben der Frage, was auf Grundlage wissenschaftlicher Erhebungen über die Wirkungen von Armut auf junge Menschen bekannt ist, über eine vergleichende Gegenüberstellung auch widersprüchliche Ergebnisse offengelegt werden. Es galt, Forschungslücken sowie Ansatzpunkte zur Formulierung für weitere, tiefergehende Forschungsarbeiten zu identifizieren.

Erkenntnisse aus der Meta-Studie – Empirisch belegte Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche
Die Meta-Studie macht deutlich, dass armutsbetroffene Kinder und Jugendliche häufig mit Unterversorgung, Benachteiligungen und Ausgrenzung konfrontiert sind, was wiederum Risiken für die Entwicklung und ein Aufwachsen in Wohlergehen impliziert. Ganz besonders wirken lang andauernde Armutserfahrungen in Kindheit und Jugend. Zusammengefasst weist die Meta-Studie – angelehnt an das Lebenslagekonzept mit seinen vier Dimensionen – folgende Aspekte als gesichertes, empirisch belegtes Wissen für Deutschland aus:

Materielle Lage armer Kinder	• Sie erleben häufiger Mangel und Verzicht - z. B. in Bezug auf Wohnung, Wohnumfeld, Teilhabe am normalen Konsum
Soziale Lage armer Kinder	• Sie wachsen sozial isolierter auf - z. B. seltener Vereinsnutzung, weniger Freundschaften, weniger familiäre Aktivitäten • Sie erleben häufiger multiple Belastungen: auch in der Familie - d. h. im familiären Klima, in der Eltern-Kind-Beziehung
Kulturelle Lage armer Kinder	• Sie durchlaufen häufiger problematische Bildungsbiografien - z. B. in Bezug auf Sprache, Einschulung, Klassenwiederholungen, vermehrt Hauptschulabschluss und seltener Abitur • Sie nehmen seltener non-formale und informelle Angebote in Anspruch - z. B. Nutzung von Babyschwimmen, Pekip, Krabbelgruppen
Gesundheitliche Lage armer Kinder	• Sie verfügen tendenziell über einen schlechteren Gesundheitszustand - z. B. in Bezug auf Entwicklungsstörungen, psychische Auffälligkeiten, Adipositas • Sie entwickeln tendenziell ein riskanteres Gesundheitsverhalten - z. B. in Bezug auf ungesunde Ernährung, früherer Kontakt mit Suchtmitteln

Die gesamte Meta-Studie auch mit Ausführungen zum Forschungsdesign und weiteren detaillierten Ergebnissen zum Forschungsbedarf, finden Sie unter www.iss-ffm.de/m_662_dl

Bestandsaufnahme der Demenzversorgung in den Bundesländern

Ziel der Versorgung von Menschen mit Demenz ist die Verbesserung der Lebensqualität. Dies erfordert sowohl die soziale Betreuung und Beratung von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen als auch eine aufeinander abgestimmte Versorgung im Gesundheitswesen. Die Ausrichtung und Ausgestaltung von Angeboten erfolgt zumeist eigenverantwortlich über Träger und Initiativen – ausgelöst durch Bundesinitiativen wie Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz oder durch Anreizstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene – bzw. über Kranken- und Pflegekassen. Ein bundeseinheitlicher Standard existiert nicht, sondern in den Bundesländern sind unterschiedliche Ansätze anzutreffen.

Vor diesem Hintergrund hat das ISS 2016 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese verfolgte das Ziel, die Demenzversorgung in den einzelnen Bundesländern genauer zu erfassen und somit einen Überblick über bestehende Angebote zu erhalten. Im Konkreten handelte es sich um eine Kategorisierung und Analyse der Aktivitäten, Initiativen und Maßnahmen der Bundesländer zur Versorgung und Betreuung von Menschen mit Demenz. Alle verfügbaren Informationen wurden differenziert nach den einzelnen Bundesländern in ein vom ISS entwickeltes Kategoriendokument übertragen, das die Zuordnung und Sortierung der Länderaktivitäten und Maßnahmen ermöglichte. Unter anderem wurden folgende Kategorien erfasst: Informationen über Demenzstrategien, niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote, Schulungen und Qualifizierungen von (Pflege-)Fachkräften, Vernetzung und Koordination der Strukturen und Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit. Die dem ISS benannten Mitarbeiter*innen der zuständigen Behörden und Ministerien wurden anschließend eingeladen, das landesspezifische Kategoriendokument bzgl. der eingetragenen Inhalte zu verifizieren und zu ergänzen. Im Anschluss

daran fand pro Bundesland eine gemeinsame telefonische Validierung statt.

Die Erkenntnisse aus der Analyse dienten im Sinne eines Benchmarking der besseren Vergleichbarkeit der Demenzversorgung der einzelnen Länder.

Fazit

Die Landschaft der Demenzversorgung wird von vielen Ländern aktiv gefördert und vorangetrieben. Viele Länder haben verinnerlicht, dass für eine bessere Versorgung und Betreuung der Menschen mit Demenz sowie für die Entlastung der pflegenden Angehörigen Vernetzungen, Maßnahmen und Initiativen benötigt werden.

Zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme ist festzustellen, dass durch die Neuregelungen und Vorgaben des Pflegestärkungsgesetzes II und III zukünftig noch viele Änderungen zu erwarten sind. Einige Länder kündigen Änderungen der Landesverordnungen und explizit der Fördermöglichkeiten der niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangebote, aber auch der Förderung von Modellprojekten ab 2017 an.

Eine weitere zentrale Erkenntnis ist: Menschen mit Demenz werden teilweise subsummiert unter „Alter und Pflege", d. h., sie werden nicht als eigene Untergruppe ausgewiesen und erfasst. So war auch nicht immer klar erkennbar, ob die Angebote und Maßnahmen explizit für Menschen mit Demenz entwickelt oder generell für Pflegebedürftige und ältere Menschen vorgehalten werden.

Young Refugees NRW

Empirische Antworten zur Frage „Was brauchen junge Geflüchtete, um ihre Potentiale zu entfalten?"

Rund ein Drittel der vor Terror, Verfolgung sowie politischer, sozialer und ökonomischer Not Geflüchteten in Deutschland sind Kinder und Jugendliche. Das Projekt „Young Refugees NRW" trug dazu bei, Wissen über die Lebenslagen von jungen Geflüchteten zu generieren, professionelle Kompetenzen auszubauen sowie die Koordination der Hilfesysteme auf kommunaler Ebene weiterzuentwickeln. Die Studie wurde vom ISS in Zusammenarbeit mit der AWO Westliches Westfalen e. V. durchgeführt und durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW finanziert.

Im Rahmen der Untersuchung wurden über 60 junge Geflüchtete interviewt. Außerdem fanden zwölf Gruppeninterviews mit Fachkräften und Ehrenamtlichen statt, die direkt mit jungen Geflüchteten und deren Familien arbeiten. Auf Grundlage der Studienergebnisse wurde u. a. ein wechselseitiges Modell zur Entfaltung der Potenziale junger Geflüchteten erarbeitet. Das Modell verbindet die Ressourcen von geflüchteten jungen Menschen zur Integration mit dem Bedarf an Anpassung der Regelstrukturen der sozialen Versorgung zur Inklusion geflüchteter Minderjähriger.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche zeigten in den realisierten Interviews wichtige Stärken und Fähigkeiten, die sie aktiv einbringen, um sich in ihrer neuen Lebenswelt einzuleben. Diese finden sich in folgenden vier Ebenen des Integrationsprozesses:

1. Auf der Ebene der **kulturellen Integration** zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche eigenständige Anstrengungen unternehmen, um zügig Deutsch zu lernen und sich mit anderen Menschen auf deutsch austauschen zu können.
2. Auf der Ebene der **strukturellen Integration** bringen geflüchtete Kinder zwei zentrale Ressourcen mit: Sie haben einen großen Lernwillen und eine hohe Bildungsaspiration. Sie gehen gerne und eigenmotiviert in Bildungseinrichtungen und verbinden mit ihrer Flucht nach Deutschland die Hoffnung auf einen Statusaufstieg.
3. Auf der Ebene der **sozialen Integration** ist insbesondere die Kompetenz junger Geflüchteter, auf andere Menschen zuzugehen und Freundschaften zu schließen, hervorzuheben.
4. Auf der Ebene der **identifikatorischen bzw. emotionalen Integration** zeigen die Befunde, dass junge Geflüchtete Deutschland als ein Land wahrnehmen, das ihnen ein Leben in Sicherheit ermöglicht und in dem gesellschaftliche Normen gelten, die sie wertschätzen und selbst leben wollen.

Der Fokus der Untersuchung lag zugleich auf dem Regelsystem und der Frage, welche Veränderungen aus der Sicht von Fachkräften und Ehrenamtlichen notwendig wären, um die Inklusion junger Geflüchteter gewährleisten zu können. Aus der Analyse der Gruppeninterviews von Fach- und Führungskräften ließen sich vier Prinzipien für eine förderliche Arbeit mit jungen Geflüchteten ableiten:

1. Vorhandene Kompetenzen und Ressourcen von jungen Geflüchteten sollen gemeinschaftsfördernd eingebunden werden. Dies erfordert, wechselseitige Verhältnisse herzustellen und Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Geflüchtete sich selbstbestimmt in die Gemeinschaft einbringen können.
2. Zusätzlich zu einem Normalität und Kontinuität bietenden Regelsystem in Bildung und Betreuung bedarf es flexibler und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichteter Angebote, d. h. bedürfnisgerechte Add-Ons.
3. Der gegenseitige Austausch über Werte und die gemeinsame Wertebildung sind notwendige Grundlagen für den Aufbau von Bindungen und gegenseitigem Vertrauen sowie zur Sicherung der demokratischen Kompetenzen und Orientierung aller Beteiligten am Inklusionsprozess.
4. Die Wertschätzung und Aufrechterhaltung der personellen und professionellen Ressourcen hauptamtlicher Fachkräfte sowie ehrenamtlich Engagierter ist als eine zentrale Voraussetzung für eine förderliche Arbeit mit jungen Geflüchteten hervorzuheben. Alle Beteiligten benötigen Anerkennung, zielgerichtete Weiterqualifizierungen sowie ggf. auch stützende Maßnahmen wie Supervision und Angebote des Gesundheitsmanagements.

Projekte

Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit
Auftraggeber
Eigenprojekt des ISS-Frankfurt a. M. / Herausgeber
Projektlaufzeit
laufend seit 1979
Ansprechpartner
Benjamin Landes

Politikberatung „Armut und soziale Ausgrenzung" für öffentliche und freigemeinnützige Institutionen sowie Träger der sozialen Arbeit
Auftraggeber
Eigenprojekt des ISS-Frankfurt a. M.
Projektpartner
- Forschungs- und Bildungseinrichtungen (z. B. FH Oldenburg, Akademisches Zentrum Rabanus Maurus und Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik in Frankfurt a. M., AWO-Akademien)
- Ministerien und Fraktionen auf Landes- und Bundesebene (z. B. Brandenburg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, CDU, SPD)
- Fachorganisationen/-verbände (z. B. AWO, DGgKV, DCV der Bistümer Limburg, Köln, Trier, DW der Ev.-luth. Landeskirche Hannover, Ev. Kirchen der Kirchenprovinz Sachsen, HAGE, WSI der Hans-Böckler-Stiftung)
- Kommunen (z. B. Augsburg, Göttingen, Oberhausen, Nürnberg) und kommunale Netzwerke (z. B. Sozialpolitische Offensive Frankfurt a. M., Armutskonferenz Salzburg)
- Stiftungen (z. B. Bertelsmann Stiftung, Karl-Kübel-Stiftung, Kindernothilfe)

Projektlaufzeit
laufend seit 2006
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung
Auftraggeber
Forschungsstelle für wissenschaftliche Weiterentwicklung
Projektlaufzeit
Dezember 2015 – März 2016
Ansprechpartnerin
Claudia Laubstein

Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes „Kinderchancen Singen e. V."
Auftraggeber
Kinderchancen Singen e. V.
Projektlaufzeit
Februar 2014 – Dezember 2016
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Expertise zur Demenzversorgung in den Bundesländern
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
August – Dezember 2016
Ansprechpartnerin
Maike Merkle
✉ maike.merkle@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-140

Prozessbegeleitung: Weiterentwicklung des kommunalen Präventionskonzeptes der Stadt Monheim am Rhein
Auftraggeber
Stadt Monheim am Rhein
Projektlaufzeit
September 2016
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Modellprojektes Mo.Ki IV – Frühes Fördern als Anspruch der Sekundarstufe I
Auftraggeber
AWO Bezirksverband Niederrhein e. V., Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW und des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Projektpartner
Stadt Monheim am Rhein
Projektlaufzeit
Januar 2016 – März 2019
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Wissenschaftliche Begleitung im LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut"
Auftraggeber
Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt
Projektpartner
ISS Beratungs- und Entwicklungs GmbH
Projektlaufzeit
November 2011 – Januar 2016
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Wirksame Wege für die Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen
Auftraggeber
Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW
Projektlaufzeit
Oktober 2016 – Mai 2017
Ansprechpartnerin
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131

Metaanalyse zu Kinder- und Jugendarmut
Auftraggeber
Bertelsmann Stiftung
Projektlaufzeit
Juli 2015 – März 2016
Ansprechpartnerinnen
Gerda Holz
✉ gerda.holz@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-131
Claudia Laubstein

Young Refugees NRW – Passgenaue Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Auftraggeber
AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Fördermittel der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW
Projektlaufzeit
November 2015 – März 2017
Ansprechpartnerin
Irina Bohn
✉ irina.bohn@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-158

Das Geschäftsfeld Soziale Innovation

Seit Jahrzehnten ist uns die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren jeweils spezifischen Themen und Herausforderungen ein besonderes Anliegen und damit auch ein Schwerpunkt unserer Arbeit im Geschäftsfeld „Soziale Innovation". Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Ergebnisse unserer Forschungsprojekte in die Praxis zu bringen und aus den Erfahrungen der Praxis wiederum relevante Fragestellung wissenschaftlich zu beforschen und aufzubereiten.

Seit der Einführung des § 8a / b SGB VIII qualifizieren wir z. B. Fachkräfte als ISEFS, bieten Basisqualifikationen im Kinderschutz an oder führen Seminare durch, z. B. zum Thema „Elterngespräche führen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung". Wir haben 2016/2017 bewusst unser Angebot an InHouse-Qualifizierungen im Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut und damit auch auf einen Bedarf der Träger reagiert. Die Konzeption, Beratung und Begleitung von Netzwerken Früher Hilfen, v. a. in Hessen, war ein weiterer Schwerpunkt.

Im Themenbereich Alter haben wir insbesondere den „Runden Tisch Aktives Altern – Übergänge gestalten" (RTAA) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Ergänzung der Demografiestrategie der Bundesregierung mit teilnehmenden Vertreter*innen von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft mit seinen Arbeitsgruppen fachlich begleitet. Die in zehn Punkten zusammengefassten Handlungsempfehlungen des RTAA und seiner Arbeitsgruppen wurden dem RTAA im Abschlussplenum im Mai 2017 zur Beschlussfassung vorgelegt und verabschiedet.

Der Markenkern des ISS – „forschen, beraten, gestalten" – findet sich regelhaft in der Aufgabe wieder, Wissen so aufzubereiten, dass es Entscheider*innen insbesondere im politischen Kontext weiterhilft. Das Geschäftsfeld Soziale Innovation hat schwerpunktmäßig in 2016 das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport Nordrhein-Westfalen wissenschaftsbasiert beraten, und es hat bei der Entwicklung und Umsetzung sowohl von Fachthemen als auch von fachübergreifenden Themen beraten und unterstützt.

Geschäftsfeldleitung

Wolfgang Kleemann

✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☎ 069 957 89-160

Geschäftsfeldprofil

Das Geschäftsfeld Soziale Innovation erbringt wissenschaftliche Dienstleistungen für Auftraggeber aus Bund, Ländern und Kommunen sowie für freie und öffentliche Träger der Wohlfahrtspflege. Besonders interessieren uns Projekte aus der Sozialen Arbeit, die mit innovativen Ansätzen die Praxis voranbringen wollen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte um das Themenfeld Verbands- und Organisationsentwicklung sind: Kinder- und Jugendhilfe (Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung, Kinderschutz), Familienpolitik, Familienförderung und Familienbildung (Eltern- und Familienbildung, Frühe Förderung und Frühe Hilfen), Soziale Infrastrukturplanung (integrierte) Sozialplanung, Jugendhilfeplanung, Kindertagesstättenbedarfsplanung) sowie Themen aus den Handlungsfeldern Alternde Gesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement.

Dazu

- begleiten wir jene, die neue Konzepte und Handlungsstrategien entwickeln und erproben.
- initiieren und fördern wir den Transfer von Ergebnissen in Praxis, Wissenschaft und Politik sowie die Vernetzung in den Handlungsfeldern.
- entwickeln, begleiten und evaluieren wir Projekte und Themen, die aus unserer und/oder der Sicht des Auftraggebers Innovationscharakter haben.
- setzen wir auch ungewöhnliche, aber zielführende Instrumente und Methoden ein und kombinieren diese mit wissenschaftlich bewährten Instrumenten.

Wissenschaftsbasierte Politikberatung für das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport in Nordrhein-Westfalen (MFKJFS)

Zu den zentralen Aufgaben institutioneller Akteure in politischen Prozessen zählt nicht nur, Wissen zu generieren, sondern auch vorhandenes internes wie externes Wissen zu nutzen und umzusetzen. Effektive Handlungsstrategien erfordern insofern integrierte Konzepte der Politikberatung, die Kooperationsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Akteuren sowie Fachexpert*innen eröffnen. Ziel ist es, gesellschaftliche Trends und Entwicklungen sowie deren Relevanz frühzeitig zu identifizieren, zeitnah auf multidimensionale und komplexe Fragestellungen zu reagieren sowie passgenau und verlässlich Konzepte und Maßnahmen abzuleiten, und dies bestenfalls nicht reaktiv, sondern präventiv. Hierbei geht es um die Koproduktion politischer und gesellschaftlicher Strategien in einem inklusiven Prozess, der Innovation fördert, anstrebt, generiert und umsetzt. Solche Formen von Politikgestaltung haben die Fähigkeit, das spezialisierte Wissen unterschiedlichster Akteure zu verzahnen, die allesamt bei der Entwicklung neuer Strategien mitwirken. Neben zukunftsorientiertem Denken und Kreativität sind also auch interdisziplinäre Perspektiven eine zentrale Voraussetzung, um innovative Strategien in politischen Prozessen voranzutreiben.

Das ISS war von 2013 bis 2016 damit beauftragt, zu den fünf Politikfeldern des MFKJKS und deren Schnittstellen über die fachpolitischen Grenzen hinausgehende wissenschaftliche Expertisen zu erarbeiten und empirische explorative Studien zu erstellen, um dann die Themen und Analysen in referats- und abteilungsübergreifenden Veranstaltungen in den fachpolitischen Diskurs einzuspeisen. Die wissenschaftlichen Analysen durch das ISS haben gesellschaftliche Entwicklungen sichtbar und neue Handlungsfelder identifizierbar gemacht und dabei insbesondere auch intra- und interministerielle Prozesse unterstützt und begleitet. Wir haben Fachexpertisen zu den Themen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Digital Readiness oder Nudging erstellt, hausinterne Entwicklungsworkshops zu den Themen Corporate Volunteering konzipiert und moderiert oder die Leitungsklausur des Hauses beratend vorbereitet und moderiert. Im Zuge der Zusammenarbeit ist auch ein konzeptioneller Vorschlag für ein innovatives Modell multiprofessioneller Politikberatung entstanden, der im Ministerium als Impuls für eine strukturelle Weiterentwicklung dient.

Wissenschaftliche Begleitung des Runden Tisch Aktives Altern – Übergänge gestalten“ (RTAA) des BMFSFJ

Am 30. Juni 2015 wurde der „Runde Tisch Aktives Altern – Übergänge gestalten“ (RTAA) als Ergänzung der Demografiestrategie der Bundesregierung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit teilnehmenden Vertreter*innen von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft initiiert. Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. hat den RTAA und seine Arbeitsgruppen fachlich begleitet.

In den drei Arbeitsgruppen „Übergänge gestalten“, „Active Ageing Index“ (AAI) und „Bildung im und für das Alter“ wurde in einem zweijährigen Prozess unter Einbeziehung von Politik, Wissenschaft und Praxis diskutiert, wie der notwendige Perspektivenwechsel in unserer Gesellschaft hin zu einem Verständnis für „Aktives Altern“ umgesetzt werden kann. Zudem wurden konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie das Potenzial der aktiven und leistungsfähigen „Generation Babyboomer“ genutzt werden kann und ihr auch mit Erreichen der Regelaltersgrenze Voraussetzungen für ein Leben in Selbstbestimmtheit und sozialer Teilhabe geschaffen werden können.

Im Mai 2017 haben Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Fachleuten aus Bund, Ländern und Kommunen in einer Abschlusssitzung des Runden Tisches ein Ergebnispapier beschlossen. Dieses umfasst zehn Punkte und spricht unter anderen folgenden Empfehlungen aus:

- Den Kommunen kommt im Handlungsfeld des aktiven und gesunden Alterns eine zentrale Rolle zu. Verlässliche und aussagekräftige Daten sind daher für die kommunale Planung unverzichtbar.

- Bestehende Strukturen für Engagement und Teilhabe sollen weiterentwickelt und für neue Engagementformen geöffnet werden.
- Bildung gewinnt in einer Gesellschaft des langen Lebens für ältere Menschen an Bedeutung: Durch kontinuierliche Lern- und Bildungsprozesse – auf persönlicher wie auf gesellschaftlicher Ebene – lassen sich die Herausforderungen des demografischen Wandels konstruktiv gestalten. Sie ist eine wichtige Voraussetzung dafür, selbstbestimmt aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Teil dessen zu sein.
- Übergangsfortbildungen – etwa als Vorbereitung auf den Ruhestand – haben als Element eines lebensphasenorientierten Personalmanagements einen unternehmerischen, einen individuellen sowie einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Auch der Staat, die Kommunen, Wohlfahrtsverbände und die Zivilgesellschaft müssen den Übergang mitgestalten, um die Potenziale der Gruppe der über 55-jährigen Bürger*innen rechtzeitig anzusprechen und zu aktivieren. Zentral sind Bürgerschaftliches Engagement und die freiwillige berufliche Tätigkeit im höheren Alter.
- Informations- und Kommunikationstechnologien können ältere Menschen – auch im Hinblick auf das Leben mit Unterstützungs- und Pflegebedarf – helfen. Dafür müssen widersprüchliche Einstellungen gegenüber digitalen Medien abgebaut und digitale Kompetenzen im Alter gestärkt werden.
- Lernanregende Infrastrukturen und Netzwerke – insbesondere für den Bereich des informellen und non-formalen Lernens – müssen weiterentwickelt und kontinuierlich angeboten werden.

In Kooperation mit dem ISS hat das BMFSFJ 2017 in Hannover, Nürnberg, Leipzig und Bonn vier Fachkonferenzen mit einem breiten Fachpublikum durchgeführt, um Möglichkeiten der Umsetzung dieser Empfehlungen zu erörtern. Alle vier Fachkonferenzen waren mit drei Foren zu den Themen „Übergangsmanagement“, „Bildung im und für das Alter/Digitalisierung“ und „Engagement nach Beendigung der Erwerbstätigkeit“ konzipiert.

AWO-Verbandsentwicklung

Die Arbeiterwohlfahrt profitiert im Kontext von Verbandsentwicklung auf vielfältige Art und Weise von der Zusammenarbeit mit dem ISS-Frankfurt a. M., indem Mitarbeitende des ISS den Bundesverband bei der Entwicklung und Umsetzung des „Programms zur Mitgliederentwicklung und -bindung“ begleiten.

Hier hat der AWO Bundesverband in Kooperation mit dem ISS z. B. die zweitägige Tagung „Engagement im Sozialraum“ am 23. und 24. Juni 2017 in Berlin organisiert und durchgeführt, die im Rahmen des zweijährigen Projektes „AWO aktiv vor Ort“ umgesetzt wurde. Die Tagung widmete sich der Bedeutung des Sozialraums für die Weiterentwicklung der Arbeiterwohlfahrt als Mitgliedsorganisation und der Ortsvereine. Ziel der Veranstaltung war es, vorhandene Ansätze und gute Beispiele der Sozialraumorientierung mit dem Fokus auf freiwilligem Engagement und ehrenamtlichen Strukturen sichtbar zu machen. Darauf aufbauend wurden Empfehlungen an den gesamten Verband formuliert, um das Engagement im Sozialraum zu stärken. Die Gruppe der Teilnehmer*innen der Veranstaltung bestand zum einen aus hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, die im Bereich der Quartiers- und Sozialraumentwicklung und im Bereich der Engagementförderung bzw. des Freiwilligenmanagements arbeiten, und zum anderen aus Ehrenamtlichen der Modellstandorte „AWO aktiv vor Ort“, die quartiersbezogene Aktivitäten in ihren Ortsvereinen entwickeln bzw. neu entwickeln möchten.

Der AWO Bundesverband führte 2017 – um ein zweites Beispiel zu nennen – gemeinsam mit dem ISS eine Tagung zur Interkulturellen Öffnung im Ehrenamts- und Engagementbereich durch. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand in drei Themenschwerpunkten die Frage, was die Arbeiterwohlfahrt als Mitgliederverband und Ort des Engagements tun muss und tun kann, um mehr

Menschen mit Einwanderungsgeschichte für Engagement und Mitgliedschaft zu gewinnen und deren Engagement auf mehr Felder auszuweiten. Migrant*innen sind für alle Handlungsfelder des freiwilligen Engagements in der AWO eine wichtige Zielgruppe und zugleich eine Ressource. Außerdem wurde die Gelegenheit geschaffen, von den Erfahrungen derjenigen zu lernen, die im Kontext des Patenschaftsprogramms und anderer Initiativen und Projekte in der Arbeit für und mit Geflüchteten tätig sind. Die Tagung gab Raum dafür, Wissen, Informationen und Erfahrungen auszutauschen, Fachthemen und praktische Ansätze zu diskutieren. Die Tagung richtete sich an Migrationsfachleute, Verbandsreferent*innen, Freiwilligenmanager*innen, Akteur*innen des Patenschaftsprogramms und aus anderen Projekten und Initiativen in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sowie an Hauptamtliche aus den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden, die sich aus der Perspektive des Mitglieder- und Engagementverbandes für eine interkulturelle Öffnung der Arbeiterwohlfahrt interessieren und dazu einen Beitrag leisten wollen.

Seit August 2017 arbeitet eine Arbeitsgruppe aus ISS und AWO-Bundesgeschäftsstelle daran, die Struktur und Darstellungsform des Mitgliederberichtes zu verbessern und themen- und hypothesenbezogene Fragestellungen durch Sonderauswertungen zu beantworten. Ziel ist es, dem Verband Vorschläge zu unterbreiten und diese umzusetzen, wie ein Mitgliederbericht ab 2018 durch inhaltliche Schwerpunktsetzungen in der Auswertung und Darstellung zum strategischen Steuerungsinstrument werden kann. Der Mitgliederbericht soll somit langfristig dazu dienen, die Debatte rund um die AWO-Verbandspolitik mit empirischen Fakten und aussagekräftigen Auswertungen zu bereichern, um auf deren Grundlage wissensbasierte verbandspolitische Entscheidungen treffen zu können.

Darüber hinaus unterstützte das ISS AWO-Gliederungen bei ihren Maßnahmen und Projekten im Bereich Verbandsentwicklung, so z. B. den AWO-Bezirksverband Hessen-Süd im Kreisausschuss oder den Unterbezirk Ruhr-Mitte bei einem Seminar zum Thema Verbandsentwicklung.

Projekte

Rahmenvertrag über wissenschaftliche Expertisen zu den Politikfeldern des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Auftraggeber
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Projektlaufzeit
Juni 2013 – Dezember 2016
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Evaluationsstudie zur Wirksamkeit Früher Hilfen und anderer präventiver Maßnahmen
Auftraggeber
Stadt Hagen
Projektlaufzeit
Juli 2014 – November 2016
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-157
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Evaluation der Maßnahme „Neuer Start" (NeSt) der EVIM Jugendhilfe
Auftraggeber
Evangelischer Verein für Innere Mission in Nassau (EVIM) Jugendhilfe, Wiesbaden
Projektlaufzeit
Oktober 2015 – Dezember 2017
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-157

Schwierige Gespräche mit Eltern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
Auftraggeber
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Projektlaufzeit
Juli – September 2016
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Bildung im und für das Alter
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2017
Ansprechpartner/in
Dr. Ludger Klein
✉ ludger.klein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-135
Maike Merkle
✉ maike.merkle@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-140

Runder Tisch aktives Altern
Auftraggeber
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Projektlaufzeit
Januar 2015 – Dezember 2016
Ansprechpartner/in
Dr. Ludger Klein
✉ ludger.klein@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-135
Maike Merkle
✉ maike.merkle@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-140

Begleitung der Projektphase 1 des Projektes HOF
Auftraggeber
ASB Regionalverband Südhessen
Projektlaufzeit
August – Dezember 2016
Ansprechpartner
Marius Hilkert
✉ marius.hilkert@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-157

Evaluation von vier Pilotprojekten im Sofortunterbringungssystem und einer neuen internen Struktur der städtischen Clearinghäuser
Auftraggeber
Landeshauptstadt München
Projektlaufzeit
Januar 2015 – August 2017
Ansprechpartnerin
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-133

Sozioökonomische Bedeutung der Sozialwirtschaft und der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen
Auftraggeber
Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Projektlaufzeit
April 2015 – April 2016
Ansprechpartner
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160
Alejandro Rada
✉ alejandro.rada@iss-ffm.de
☏ 030 616 717-924

Projektleitung für das Modellprojekt Mehrgenerationenhäuser im Kontext integrierter kommunaler Sozialplanung in Sachsen
Auftraggeber
Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
Projektlaufzeit
Oktober 2015 – Dezember 2016
Ansprechpartnerinnen
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-133
Anne Stahlmann

Erarbeitung, Durchführung, Dokumentation und Übergabe einer repräsentativen Erhebung im Bereich der Kindertagesbetreuung in Berlin
Auftraggeber
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Projektlaufzeit
Dezember 2016 – April 2017
Ansprechpartnerin
Dr. Irina Volf
✉ irina.volf@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-138

Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des DOSB Projektes „Sport-Inklusionsmanager/in"
Auftraggeber
Deutscher Olympischer Sportbund e. V.
Projektlaufzeit
November 2016 – September 2020
Ansprechpartner/in
Dr. Irina Volf
✉ irina.volf@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-138
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Kinder- und Familienzentren Stuttgart
Auftraggeber
Landeshauptstadt Stuttgart
Projektlaufzeit
November 2012 – Februar 2016
Ansprechpartner/in
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-133
Wolfgang Kleemann
✉ wolfgang.kleemann@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-160

Evaluation des Qualitätsentwicklungsfonds der Landeshauptstadt Stuttgart
Auftraggeber
Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaften
Projektlaufzeit
Mai 2017 – Oktober 2017
Ansprechpartnerin
Caroline Mitschke
✉ caroline.mitschke@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-133

Evaluierung von Änderungen des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) durch das Hessische Kinderförderungsgesetz (HessKiföG)
Auftraggeber
Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Projektlaufzeit
Juni 2014 – Dezember 2016
Ansprechpartnerin
Dr. Irina Volf
✉ irina.volf@iss-ffm.de
☏ 069 957 89-138

Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung

Im Mai 2015 wurde am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. die Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht eingerichtet. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unterstützt die Geschäftsstelle eine zwölfköpfige Sachverständigenkommission bei der Erstellung des Gutachtens für den Zweiten Gleichstellungsbericht wissenschaftlich und organisatorisch.

Die Geschäftsstelle setzt sich aus einem interdisziplinären Team (Haushalts- und Dienstleistungswissenschaften, Politikwissenschaften, Soziologie, Jura und Ökonomie) und einer Projektassistenz unter der Leitung von Dr. Regina Frey zusammen. Sie verfügte im Jahr 2016 über insgesamt 4,5 Stellen und arbeitet an den Standorten Berlin und Frankfurt a. M.

Das Gutachten der Sachverständigen wurde Ende 2016 nach einer intensiven Arbeitsphase inhaltlich fertiggestellt. Es fanden sechs Arbeitssitzungen und eine Redaktionssitzung der Sachverständigenkommission statt. Die Geschäftsstelle konzipierte 2016 Foren und Fachgespräche sowie eine Fachveranstaltung zu den zentralen Themen des Gutachtens.

Themen der Veranstaltungen

- Die Qualifizierung für haushaltsnahe Dienstleistungen;
- Neubewertung und Aufwertung von sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen; Betriebliche Arbeitszeitarrangements, betriebliche Routinen zur Unterstützung partnerschaftlicher Arbeitszeitarrangements, Wahlarbeitszeitgesetz;
- Wiedereinstieg nach familienbedingter Erwerbsunterbrechung;
- Gleichstellungsorientiertes Personalmanagement;
- Genderaspekte bedürfnisgerechter Pflege alter Menschen – Reformbedarf und Reformideen in der Diskussion;
- Digitalisierung der Arbeitswelt und Geschlechtergerechtigkeit (Arbeiten 4.0) und Gewalt im Netz im Kontext des Arbeitsplatzes;
- Geschlecht, Flucht, Integration – Welche Standards braucht es für eine gleichstellungsorientierte Flüchtlingspolitik;
- Fachgespräch zum Ehegüterrecht;
- Fachgespräch zu Gewalt in Paarbeziehungen;
- Fachveranstaltung: Gleichstellung der Geschlechter – ein nicht erreichtes Ziel. Zum Gutachten der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.

Darüber hinaus vergab und verfasste die Geschäftsstelle Expertisen und Hintergrundpapiere, die der Sachverständigenkommission zur inhaltlichen Vertiefung ihrer Arbeit dienten.

Im zweiten Halbjahr 2016 lag der Schwerpunkt der Arbeit der Geschäftsstelle auf der Unterstützung bei der Texterstellung und der Produktion des Gutachtens. Darüber hinaus hat die Geschäftsstelle die Bundesregierung bei der Bilanzierung der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Ersten Gleichstellungsbericht unterstützt.

Auch für die Öffentlichkeitsarbeit des Zweiten Gleichstellungsberichts ist die Geschäftsstelle zuständig. Sie pflegt die dafür eingerichtete Webseite www.gleichstellungsbericht.de.

Ansprechpartner*innen (31/12/2017)

- Dr. Regina Frey (Leitung)
- Debora Gärtner (Wissenschaftl. Mitarbeit)
- Dr. Mara Kuhl (Wissenschaftl. Mitarbeit)
- Katrin Lange (Wissenschaftl. Mitarbeit)
- Sophie Rotino (Wissenschaftl. Mitarbeit)
- Sebastian Scheele (Wissenschaftl. Mitarbeit)
- Anne Oertel (Projektassistenz)
- Gudrun Hahnenstein (Projektassistenz, Schwerpunkt Finanzverwaltung)

✉ gleichstellungsbericht@iss-ffm.de
☏ 030 / 616 717 9-0

Eigene Expertisen

Scheele, Sebastian (2017): Gender und Sozialraumorientierung in der Pflege. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, www.gleichstellungsbericht.de.

Lange, Katrin (2017): Die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft" und ihre Bilanzierung. Expertise im Rahmen des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, www.gleichstellungsbericht.de.

Eigene Papiere

Rotino, Sophie (2017): Der gesetzliche Güterstand im europäischen Vergleich. Arbeitspapier für die Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Veröffentlichung in Vorbereitung, www.gleichstellungsbericht.de.

Rotino, Sophie (2017): Die Debatte um die Einführung des Ehegattensplittings. Arbeitspapier für die Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Veröffentlichung in Vorbereitung, wwwgleichstellungsbericht.de.

2017 wurde das Gutachten der Bundesfamilienministerin Schwesig übergeben und veröffentlicht. Die Geschäftsstelle hat in der Folge die Sachverständigen dabei unterstützt die Inhalte des Gutachtens in die Fachwelt hinauszutragen.

Hierzu hat sie eine professionelle PowerPoint-Präsentation mit Unterstützung einer Grafikerin anfertigen lassen und die Inhalte des Gleichstellungsberichts mit inhaltlichen Schwerpunktsetzungen in verschiedenen Präsentationen aufgearbeitet. Insgesamt fanden 2017 deutschlandweit 54 Vorträge zum Zweiten Gleichstellungsbericht statt.

Die Geschäftsstelle hat des weiteren eine Zusammenfassung des Berichts, eine Synopse der Handlungsempfehlungen des Berichts und insgesamt zwölf Themenblätter zu Schlüsselthemen des Berichts (siehe blauer Kasten) erstellt. Zudem hat sie die Übersetzungen des Berichts ins Englische und ins Französische betreut.

Das BMFSFJ ließ 2017 ein Veranstaltungsset zum Zweiten Gleichstellungsbericht entwickeln. Mit dem Material werden Organisationen bzw. Personen befähigt, Vorträge und Veranstaltungen zum Zweiten Gleichstellungsbericht im eigenen Umfeld durchzuführen. Die Geschäftsstelle beriet das BMFSFJ im Erstellungsprozess fachlich und unterstützte das zuständige Referat bei der Erarbeitung einer umfangreichen PowerPoint-Präsentation einschließlich eines umfassenden Moderationsleitfadens, von Info-Blättern sowie Vorschlägen für Einladungsschreiben, Handzettel und Plakate.

Übergabe des Sachverständigengutachtens 2017

Die ehemalige Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig bei der Übergabe des Sachverständigengutachtens am 13. Januar 2017 in Berlin, umgeben von Mitgliedern der Sachverständigenkommission und Mitarbeitenden der Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht. Von links nach rechts: Anne Stahlmann (ISS), Sophie Rotino (ISS), Debora Gärtner (ISS), Prof. Helmut Rainer, Ph.D., Anne Wizorek, Prof. Dr. Holger Bonin, Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Manuela Schwesig, Prof. Dr. Thomas Beyer, Sebastian Scheele (ISS), Prof. Dr. Eva Kocher (Vorsitzende der Sachverständigenkommission), Christina Schildmann, Dr. Regina Frey (Leitung Geschäftsstelle), Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok, Katrin Lange (ISS).

Themenblätter zum Zweiten Gleichstellungsbericht

- Themenblatt 1: Erwerbs- und Sorgearbeit
- Themenblatt 2: Ziele und Indikatoren
- Themenblatt 3: Aufwertung der Sorgearbeit
- Themenblatt 4: Gleichstellung in Betrieben
- Themenblatt 5: Finanzielle Unabhängigkeit und Partnerschaftlichkeit ermöglichen
- Themenblatt 6: Männer und Gleichstellung
- Themenblatt 7: Gleichstellung und Pflege
- Themenblatt 8: Strukturen und Instrumente zur Umsetzung von Gleichstellung
- Themenblatt 9: Aktuelle Herausforderung Digitalisierung
- Themenblatt 10: Aktuelle Herausforderung Flucht
- Themenblatt 11: Alterssicherung
- Themenblatt 12: Kommune

Die Dokumente sind unter www.gleichstellungsbericht.de/themenblaetter veröffentlicht.

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Der Wandel gesellschaftlicher Strukturen, die demografische Entwicklung und die Veränderung der Erwerbsformen stellen die Mitgliedstaaten der EU vor große Herausforderungen. Diese Themen werden nicht nur national, sondern europaweit diskutiert. Die einzelnen europäischen Staaten begegnen diesen Herausforderungen auf unterschiedliche Art und Weise. Hier ergeben sich aus vergleichender Perspektive verschiedene Lösungsstrategien, die sowohl für Deutschland als auch andere europäische Staaten und EU-Akteure aufschlussreich sind.

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa setzt an diesem Punkt an. Sie analysiert gesellschaftspolitische Entwicklungen in den Mitgliedstaaten der EU sowie auf europäischer Ebene und deren Auswirkungen auf Deutschland. Sie erstellt dazu wissenschaftliche, meist ländervergleichende Analysen und Expertisen, betreibt Monitoring und steht dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beratend zur Seite. Darüber hinaus organisiert und konzipiert die Beobachtungsstelle Europäische Fachgespräche und Workshops, mit denen sie deutschen und internationalen Expert*innen eine Plattform zur Vernetzung gibt. Mit ihrer europäisch-vergleichenden Arbeit fördert die Beobachtungsstelle den Informations- und Meinungsaustausch zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen in Europa und bietet der europäischen Fachöffentlichkeit Impulse für das gegenseitige Lernen.

In 2016 und 2017 bearbeitete die Beobachtungsstelle eine breite Palette an Themen. Neben den nachstehend beschriebenen Ergebnissen arbeitete sie außerdem zur Situation von LGBTI, u. a. mit Blick auf das Asylrecht, unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und neu zugewanderten Familien. Des Weiteren analysierte die Beobachtungsstelle die Rolle von Antidiskriminierungspolitik bei der Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen. Hierzu wurden Ansätze aus Frankreich, Österreich und der europäischen Ebene beleuchtet und verglichen.

Vereinbarkeitspolitik

Die Beobachtungsstelle hat sich in den Jahren 2016 und 2017 verstärkt dem Thema Vereinbarkeitspolitik gewidmet und das Thema aus verschiedenen Perspektiven europäisch-vergleichend betrachtet. Dieser Schwerpunkt wird auch in 2018 weiter verfolgt.

Anlässlich des im April 2017 von der EU-Kommission vorgestellten sogenannten Vereinbarkeitspakets wurden diverse Expertisen erarbeitet und Europäische Fachgespräche veranstaltet.

Die Beteiligung von Vätern an Familienarbeit und unterstützende politische Maßnahmen standen im Fokus der Auftaktveranstaltung einer Reihe von Europäischen Fachgesprächen zum Thema der Vereinbarkeitspolitik. Staatssekretär im BMFSFJ, Dr. Ralf Kleindiek, und die Generaldirektorin der EU-Generaldirektion für Gleichstellung, Tiina Astola, eröffneten den zweitätigen Austausch von Expert*innen aus sieben europäischen Staaten. Die Diskussionen ergaben, dass Politik zu einem Wandel der gelebten Rollenverständnisse beitragen kann. Gleichzeitig sollte hinterfragt werden, was auch langfristig zu einer stärkeren Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung führt. So würden etwa flexible Elternteilzeitmodelle häufig dazu führen, dass die Erwerbstätigkeit den Rhythmus vorgebe und die Väter nicht als Hauptbetreuungsperson wirken, sondern die Mutter lediglich unterstützen. Auch sollten Väter bestärkt werden, alleine in Elternzeit zu gehen und nicht gemeinsam mit der Mutter, um so wertvolle Erfahrungen in der alltäglichen Betreuung ihrer Kinder zu bekommen.

Darüber hinaus zeigt die Beobachtungsstelle in einer umfassenden Übersicht auf, welche Möglichkeiten zur Freistellung bei der Pflege von nahen Angehörigen in 14 europäischen Staaten bestehen und wie diese

finanziell unterstützt werden. In einer vertieften Studie zu Belgien, Frankreich, Österreich, Spanien und Irland werden u.a. Möglichkeiten beschrieben, sich Freistellung und finanzielle Leistungen zur Pflege eines nahen Angehörigen unter mehreren Personen aufzuteilen. Das zweite Europäische Fachgespräch in der Reihe zur Vereinbarkeit diente dem europaweiten Austausch über politische Unterstützungsmaßnahmen, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern.

Seniorenpolitik und Pflege

Das Thema Seniorenpolitik und Pflege stand auch 2016 im Fokus der Beobachtungsstelle. Demenz und die Vermeidung von Gewalt in der häuslichen Pflege war dabei ein wichtiges Thema. Die Arbeit knüpfte an das Europäische Fachgespräch zur Umsetzung nationaler Demenzstrategien im Jahr 2015 an. So kamen zum Fachgespräch auch wieder Teilnehmende aus Schottland, Frankreich, Österreich, Belgien, der Schweiz und Deutschland zusammen, um sich darüber auszutauschen, wie Gewalt in der häuslichen Pflege von Menschen mit Demenz erkannt und vermieden werden kann. Die Teilnehmenden diskutierten über dieses vielfach tabuisierte Thema und es wurden Good-Practice-Beispiele vorgestellt und ausgetauscht. Das Fachgespräch trug so entscheidend zum europaweiten Austausch und dem Voneinanderlernen bei und leistete damit auch einen Beitrag zur deutschen Fachdiskussion.

Die Beobachtungsstelle analysierte zudem die Migration von Pflegekräften aus den osteuropäischen Staaten nach Deutschland. Die quantitative Bestandsaufname ergab, dass die ausländischen Pflegekräfte überwiegend aus Polen nach Deutschland kommen und in der Mehrzahl unqualifiziert sind, häufig jedoch in Deutschland qualifiziert werden. Das Arbeitspapier erörtert außerdem, dass der Bedarf an Pflegekräften in den Herkunftsstaaten aufgrund der auch dort älter werdenden Bevölkerung zukünftig steigen könnte. Diese Entwicklung könnte potenziell auch Einfluss auf das Angebot an ausländischen Pflegekräften in Deutschland haben. Abschließend identifiziert die Beobachtungsstelle Push- und Pull-Faktoren, die die Migrationsströme beeinflussen. Darunter sind unter anderem transnationale Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten zu nennen.

Gleichbehandlungs- und Gleichstellungspolitik

Die Beobachtungsstelle befasste sich 2016 in mehreren Expertisen mit dem Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern. So erörtert sie in einem Arbeitspapier die Umsetzung der UN-Agenda 2030 mit besonderem Fokus auf das Ziel der Geschlechtergleichstellung. Das Arbeitspapier zeigt auf, wie Schweden, Estland und Deutschland eine partnerschaftliche Neuverteilung und Neuorganisation von Fürsorgearbeit fördern und wie dies in den nationalen Strategien zur Umsetzung der Agenda 2030 verankert ist.

In einer Kurzexpertise verglich die Beobachtungsstelle die ökonomische Situation von Frauen und Männern nach Trennung oder Scheidung in Österreich und Deutschland miteinander. Die quantitativen Daten legen dar, dass die Referenzgruppe der Alleinerziehenden in Österreich finanziell geringfügig besser abgesichert ist, u. a., da Unterhaltspflichten großzügiger ausgestaltet sind und es weniger Anreize für eine spezialisierte Arbeitsteilung während der Ehe gibt.

Das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) der Vereinten Nationen ist das wichtigste völkerrechtliche Menschenrechtsinstrument für Frauen. Die Beobachtungsstelle hat die Kenntnis und Anwendung von CEDAW in der deutschen und französischen Rechtspraxis analysiert und Handlungsempfehlungen für eine bessere Umsetzung erarbeitet. Diese kann unter anderem durch Fortbildungen für Justizpersonal erreicht werden.

In einer weiteren Kurzexpertise hat das Team die Beteiligungsmöglichkeiten von Migrantenselbstorganisationen am politischen Prozess in mehreren europäischen Staaten dargestellt. Eine vertiefte Analyse wird voraussichtlich in 2018 erfolgen.

Muslimische Wohlfahrtspflege

Vor dem Hintergrund der politischen Debatte um muslimische Wohlfahrtspflege, die unter anderem in der Deutschen Islam Konferenz prominent geführt wurde, hat sich die Beobachtungsstelle dem Thema aus europäisch-vergleichender Perspektive gewidmet. Zu Beginn stand die Frage, welche Formen der muslimischen Sozialen Arbeit es in anderen europäischen Staaten gibt. Damit verbunden war außerdem die Frage nach möglichen Dachverbandsstrukturen muslimischer Organisationen. Die Beobachtungsstelle beleuchtete in einem Arbeitspapier diese Frage anhand der Länderbeispiele Österreich und Niederlande. Erste Ansätze muslimischer sozialer Arbeit konnten vor allem in der Jugendarbeit aufgezeigt werden. Gleichzeitig wurden erste Dachverbandsstrukturen in den beiden Staaten identifiziert. Daran anknüpfend lud die Beobachtungsstelle im April 2016 Expert*innen aus England, Österreich, den Niederlanden und Deutschland zu einem europäischen Fachgespräch ein. Die Teilnehmenden tauschten sich intensiv darüber aus, welche Erfolgsfaktoren ihre jeweilige Verbandsarbeit ausmachen. Außerdem erörterten die Beteiligten, was benötigt wird, um auch langfristig muslimische soziale Dienste anbieten und Strukturen aufbauen zu können. Über die Dokumentation des Fachgesprächs hinaus veröffentlichte die Beobachtungsstelle einen Newsletter, in dem die zuständigen Ministerien aus Deutschland und Österreich darlegen, welche Chancen und gleichzeitig welche Grundvoraussetzungen sie für eine muslimische Wohlfahrtspflege sehen. Der österreichische muslimische Dachverband berichtet von seinen Plänen, eine „muslimische Caritas" für die Flüchtlingshilfe zu gründen. Des weiteren wird das Forum für eine kultursensible Altenhilfe in Deutschland vorgestellt.

Die Arbeitspapiere, Kurzexpertisen, Veranstaltungsdokumentationen sowie umfassende Informationen zu den Schwerpunktthemen der Beobachtungsstelle sind in Deutsch und Englisch auf der Internetseite des Projektes zugänglich: **www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu**

Ansprechpartner*innen (31/12/2017)

- Dr. Sören Hoyer (Projektkoordination)
- Maike Merkle (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Alejandro Rada (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Lena Reinschmidt (Wissenschaftliche Mitarbeit)
- Anne Oertel (Projektassistenz)
- Gudrun Hahnenstein (Projektassistenz, Schwerpunkt Finanzverwaltung)

info@beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu
069 95 78 9-0

Referenzliste

Europäische Union
- Europäische Kommission, Brüssel
- Europarat, Straßburg

Bundesministerium
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin/Bonn

Landesministerien
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Baden-Württemberg
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Dresden
- Thüringisches Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Erfurt

Kommunen und Kreise
- Freie und Hansestadt Hamburg
- Landeshauptstadt München
- Landkreis Offenbach
- Main-Taunus-Kreis
- Landkreis Darmstadt-Dieburg
- Stadt Eschborn
- Stadt Frankfurt a. M.
- Stadt Gießen
- Stadt Hagen
- Stadt Monheim am Rhein
- Stadt Nürnberg
- Landeshauptstadt Stuttgart
- Landeshauptstadt Wiesbaden
- Wetteraukreis

Einrichtungen und Verbände
- Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund
- Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederrhein e. V., Essen
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin
- Berufsbildungswerk Südhessen gGmbH, Karben
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), Köln
- Camino gGmbH, Berlin
- Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Berlin
- Demokratiezentrum in beratungsNetzwerk hessen, Philipps Universität Marburg, Insitut für Erziehungswissenschaften
- Deutsche Reiterliche Vereinigung e. V., Warendorf
- Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V., Frankfurt a. M.
- Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg
- Deutsches Jugendinstitut e. V., München
- Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat, Berlin
- Evangelischer Verein für Innere Mission in Nassau, Wiesbaden
- FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt, Stuttgart
- Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung, Düsseldorf
- Führungsakademie des Deutschen Olympischen Sportbundes e. V., Köln
- HIT-Stiftung, Siegburg
- hessenstiftung – familie hat zukunft, Bensheim
- Institut für Soziale Arbeit e. V., Münster
- ISS Beratungs- und Entwicklungs GmbH, Frankfurt a. M.
- Kinderchancen Singen e. V.
- Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt, Köln
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V., Wiesbaden
- Lotterie GlücksSpirale
- Nationales Zentrum Frühe Hilfen, Köln
- PHOENIX Genossenschaft für Beschäftigung und Bildung e. G., Stuttgart
- ProFlex, Darmstadt
- Sozialpolitische Offensive, Frankfurt a. M.
- Sozialstation Weil der Stadt GmbH
- Stiftung Hilfe für die Familie – Berliner Beirat für Familienfragen
- Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Mitgliedschaften

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe AGJ, Berlin
- Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft ASD/KSD, Kiel
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin
- DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e. V.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Frankfurt a. M.
- Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik in Hessen e. V., Marburg
- SOLIDAR, Brüssel

s geflüchteten Familien
Traumatisierung:
Herausforderung
die Frühen Hilfen

Transfer

Fortbildungen und Transfer

Das ISS-Fortbildungsprogramm bietet Fachkräften der Sozialen Arbeit Qualifizierungsangebote, die aktuelle Bedarfe aufgreifen, Impulse für zukunftsfähige soziale Strategien setzen und für die Praxis (weiter-)qualifizieren. Die berufsbegleitenden Zusatzqualifikationen werden zertifiziert.

Die Auswahl erfahrener und kompetenter Referent*innen stellt eine hohe Qualität der Fortbildungen sicher. Auch werden die Angebote evaluiert und in einem fortlaufenden Prozess weiterentwickelt, um den Bedürfnissen und Bedarfen der Fachkräfte gerecht zu werden sowie den aktuellen Erfordernissen der Praxis Rechnung zu tragen.

Alle Zusatzqualifikationen sowie die Seminare werden auch als Inhouseschulungen angeboten. Wir berücksichtigen hierbei die individuellen Bedarfe der Auftraggeber. Um den Lernprozess zu unterstützen und die neu erworbenen Kompetenzen und Handlungsalternativen nachhaltig im Arbeitsalltag zu verankern, bieten die Schulungen Raum zur Reflexion der individuellen professionellen Praxis.

Informationen zum aktuellen Fortbildungsprogramm unter www.iss-ffm.de

Berufsbegleitende Zusatzqualifikationen mit Zertifikat

Zertifikatskurs zur Kinderschutzfachkraft
Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 3 Modulen

Zusatzqualifikation AAT®/CT®
Berufsbegleitende ISS-Weiterbildung zum/r Anti-Aggressivitäts-TrainerIn/Coolness-TrainerIn

Qualifizierungsreihe für Fachkrafte im ASD
Berufsbegleitende Zusatzqualifikation in 4 Modulen

Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder
Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 3 Modulen

Zertifikatskurs für die Praxis der Jugendhilfeplanung
Ausrichtung: ISS in Kooperation mit dem Institut für Soziale Arbeit e. V., Münster. Berufsbegleitende Zusatzqualifizierung in 5 Modulen

Seminare und Seminarreihen

Gespräche mit Eltern bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung, 3 Module
Auftraggeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden

Fallverstehen in der Hilfeplanung 10 Qualifizierungsreihen (3 Module) für Fachkräfte im Kinder- und Sozialdienst (KJS) des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt am Main
Auftraggeber: Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main

Kinderschutz – ein Balanceakt zwischen Hilfe und Kontrolle
2-tägige interdisziplinäre Fortbildung

Fachgespräche, Fachtagungen und Workshops

Im Folgenden finden sich ausgewählte Beispiele von Transferformaten, die das ISS im Auftrag Dritter entwickelt und umgesetzt hat.

Forschungskolloquim für erzieherische Hilfen
Auftraggeber: ISS in Kooperation mit der Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH)

Fachkonferenzen zu den Ergebnissen des Runden Tisches „Aktives Altern – Übergänge gestalten“
Auftraggeber: BMFSFJ

Fachtagung „Die AWO für alle – Interkulturelle Öffnung im Mitglieder- und Engagementverband“
Auftraggeber: ISS in Kooperation mit dem AWO Bundesverband e. V.

Fachtagung „Integration von unbegleiteten Minderjährigen“
Auftraggeber: ISS in Kooperation mit dem AWO Bundesverband e. V.

Fachgespräch „Sozialraum Digital – Ältere Menschen als Ko-Entwickler neuer Technik zur Unterstützung für ein gesundes Altern in ihrem Lebensumfeld“
Auftraggeber: BMFSFJ

Entwicklungsworkshop Wissenschaftliche Begleitung des Projektes „Neuer Start (NeSt)“
Auftaggeber: EVIM Jugendhilfe Wiesbaden

Workshop/Tagung Evaluation der Wirksamkeit Früher Hilfen und anderer präventiver Maßnahmen in Hagen
Auftraggeber: Fachbereich Jugend und Soziales, Stadt Hagen

Zielfindungs-/Konzeptworkshop Projekt „Hof“
Auftraggeber: ASB Regionalverband Südhessen, Pädagogische Dienste, Rosdorf

Workshops der AG „Bildung“ des Runden Tisches Aktives Altern (RTAA)
Auftraggeber: BMFSFJ

Workshops der AG „Übergänge“ des RTAA
Auftraggeber: BMFSFJ

Fachtagung „Kinder aus geflüchteten Familien und Traumatisierung: Eine Herausforderung für die Frühen Hilfen“
Auftraggeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden

Fach- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Gender Budgeting
Auftraggeber: Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungen zur Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms für die Freie und Hansestadt Hamburg

Fortbildungen und Inhouse-Seminare für die Bereiche Kinderschutz und Netzwerke Frühe Hilfen

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. greift mit seinen Fortbildungs- und Inhouse-Angeboten die große Bedeutung dieser beiden Themen für eine weitsichtige Familienpoltik und den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft auf.

Konkrete praktische Ziele der Fortbildungsarbeit des ISS sind dabei:

- die Handlungskompetenzen und die sozialpädagogische wie rechtliche Handlungssicherheit der Teilnehmenden zu stärken,
- den Blick für den Nutzen von Kooperation im Einzelfall und für das Unterstützungs- und Hilfesystem zu erweitern,
- Kooperationsfördernde Haltungen und Strukturen weiter zu entwickeln,
- die Chancen für Kinderschutz und Unterstützung aller Familien durch die Netzwerke Frühe Hilfen für die Praxis zu nutzen.

Damit greifen wir als Fachinstitut die Grundgedanken und Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes auf: Der Gesetzgeber hat eine Weiterentwicklung der Kinderschutzarbeit auf den Weg gebracht, bei der Kinderschutz nicht mehr nur als Aufgabe des Jugendamtes verstanden wird, sondern auch verbindliche Aufgaben an Berufsgruppen aus den verschiedenen Helfersystemen formuliert werden – hin zu Familien-, Unterstützungs- und Kinderschutzsystemen.

Kernelemente des Gesetzes sind:

- Die Klärung des Rahmens und der Aufgaben für fachliches Handeln und fallbezogene Kooperation bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung (§§ 8a/b SGB VIII und §§ 1 und 4 KKG).
- Die Weiterentwicklung der fallübergreifenden Kooperation mit Blick auf die Bedarfe aller Familien in verbindlichen, lokalen Netzwerken (§ 2 bis 3 KKG).

Diese Rahmenbedingungen greifen wir mit unseren Fortbildungen auf, um Fachkräfte und Träger in der Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen praxisbezogen zu unterstützen:

- Wenn Fachkräfte, die mit Kindern, Jugendlichen oder Eltern arbeiten (Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Ärzt*innen, Familienhebammen u. a.), in ihrem beruflichen Alltag immer wieder Situationen erleben, in denen sie sich Sorgen um ein Kind machen, weil sie Probleme oder Verhaltensauffälligkeiten in der Familie wahrnehmen.
- Wenn eine eigene Weiterentwicklung oder eine nachhaltige Qualifizierung von Mitarbeiter*innen in der entsprechenden Institution für die Unterstützung der Fachkräfte gewünscht ist.
- Wenn mit Kooperations-Hindernissen oder neuen Herausforderungen der Weiterentwicklung in den Netzwerken Frühe Hilfen umgegangen werden muss.

Die Rückmeldungen unserer Teilnehmer*innen und unserer Auftraggeber bestätigen die Wirksamkeit unserer Angebote für die Handlungssicherheit und die Weiterentwicklung in der Alltagspraxis.

Unsere Fortbildungsangebote werden sowohl für die Teilnahme einzelner Fachkräfte frei ausgeschrieben, als auch als Inhouse-Seminare auf die konkreten Bedarfe der jeweiligen Institution zugeschnitten.

Aktuelle Angebote für die Bereiche Kinderschutz und Frühe Hilfen:

- **Psychisch kranke Eltern und ihre Kinder**
  18. Juni – 02. November 2018,
  (3 Module à 2 Tage)
- **Zertifikatskurs Kinderschutzfachkraft**
  (14. Ausbildungsgang, freie Ausschreibung), 22. November 2018 – 29. März 2019
- **Gespräche mit Eltern bei Vermutung von Kindeswohlgefährdung**
  (3 Module à 2 Tage)

Neue Seminare ab 2019:

- **Zertifikatskurs Kinderschutzfachkraft (IseF)**
  Inhouse-Seminare für einzelne Träger, Umfang, Zeit, Ort nach Absprache
- **Systemisches Arbeiten in Kooperation und Kinderschutz für Netzwerke Frühe Hilfen**
  Inhouse-Seminare für einzelne Träger, Umfang, Zeit, Ort nach Absprache
- **Basis- Seminar Kinderschutz: Balanceakt zwischen Hilfe, Intervention und Kontrolle**
  2 – 3-tägige Fortbildung
- **Qualifizierungsreihe für Fachkräfte im ASD**
  4 Module à 2 Tage

Ausbildende/Referent*innen:

Claus Dünwald, Hiltrud Göbel, Ulrike Grob-Weidlich, Silke Hillmann, Harald Kliczbor, Silke Kröhl, Ulrike Lohre, Hans-Georg Weigel

Publikationen, Vorträge und Lehraufträge

Das ISS-Frankfurt a. M. ist dem Transfer zwischen wissenschaftlicher Forschung und sozialer Praxis verpflichtet.

Verschiedene Publikationsreihen, wie **„ISS informiert“** und der Ihnen vorliegende **Jahresbericht**, vermitteln Ergebnisse unserer Forschungsarbeit.

Die renommierte Fachzeitschrift **Migration und Soziale Arbeit** bietet dem Fachpublikum eine Plattform zu Diskussion und Transfer im Bereich Migration. In unserer Buchreihe **ISS-aktuell** werden Berichte und Materialien aus Wissenschaft und Forschungspraxis veröffentlicht.

Auf unserer Website **www.iss-ffm.de/publikationen** finden Sie die Arbeitsberichte, Gutachten und Expertisen zum Download.

Interne Veröffentlichungen

ISS informiert

Siehe Einzelausgaben unter **www.iss-ffm.de/publikationen/newsletter**

ISS-Veröffentlichungen

Siehe auch Angaben unter den jeweiligen Projekten auf unserer Website.

- I. Bohn / J. Saßmannshausen / J. Däumling / J. Hallman: Dritter Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Frankfurt a. M. 2017.
- I. Bohn / J. Saßmannshausen / J. Däumling / J. Hallmann: Strukturdatenband zum Dritten Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Frankfurt a. M. 2017.
- D. Gärtner: Die ökonomische Situation nach Trennung oder Scheidung in Deutschland und Österreich im Vergleich. Kurzexpertise der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.
- I. Volf, D. Gärtner: Analyse der Kitagestehungskosten im Land Berlin im Jahr 2015, unter Mitarbeit von B. Landes, M. Lorey und B. Braun-Schönwandt, Frankfurt a. M. 2017.
- G. Holz / C. Laubstein: Frühe Förderung als Anspruch der Sekundarstufe I – „Mo.Ki III“ in der Peter-Ustinov-Gesamtschule, Frankfurt a. M. 2016.
- S. Hoyer / N. Reich: Muslimische Wohlfahrtspflege in Europa. Kooperationsformen, Verbandstrukturen und staatliche Förderung sozialer Dienstleistungen. Dokumentation des Europäischen Fachgesprächs am 5./6. April 2016, Berlin 05/2016.
- S. Hoyer / N. Reich: Freistellungen und finanzielle Leistungen zur häuslichen Pflege in europäischen Mitgliedstaaten. Übersicht der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 09/2016.
- S. Hoyer: Muslimische Wohlfahrtspflege in Europa. Angebot und staatliche Förderung in Österreich und den Niederlanden. Arbeitspapier Nr. 12 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.
- M. Hilkert: Evaluation der Wirksamkeit Früher Hilfen und anderer präventiver Maßnahmen in Hagen. Abschlussbericht, Frankfurt a. M. 2016.
- W. Kleemann: Ortsvereine zwischen Seniorenverein und sozialer Bewegung, zwischen Öffnung und Schließung, zwischen Aufbruch und Stillstand. Ergebnisbericht, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein: Politische Bildung im Alter. Dokumentation zum Workshop der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 24. November 2015, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein (unter Mitarbeit von A. Ehlers und M. Merkle): Digitale Kompetenz älterer Menschen. Dokumentation zum Fachgespräch der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 21. Januar 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Lorey: Kommunale Daseinsvorsorge / ländlicher Raum. Dokumentation zum Workshop der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 21. April 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Merkle: Schwierige Zugänge. Dokumentation zum Workshop der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 18. Februar 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Merkle: Dokumentation zum Workshop „Kommunales Übergangsmanagement I“ der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 12. April 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Merkle: Dokumentation zum Workshop „Kommunales Übergangsmanagement II“ der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 28. April 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Merkle: Dokumentation zum Workshop „‚Zeit für mich, Zeit für andere?‘ – Übergänge aus dem Erwerbsleben“ der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 20. September 2016. Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein / M. Merkle: Dokumentation zum

Workshop „Personalpolitik und -entwicklung“ der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 08. September 2016, Frankfurt a. M. 2016.

- L. Klein / M. Merkle: Politische Bildung im Alter II. Dokumentation zum Workshop der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern vom 18. Februar 2016, Frankfurt a. M. 2016.
- L. Klein: Dokumentation zum Workshop „Fortbildungen zur Gestaltung des Ruhestandes“ der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern am 14. November 2016, Frankfurt a. M. 2017.
- L. Klein: Dokumentation zum Workshop „Kommunale Daseinsvorsorge / schwierige Zugänge“ der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern am 15. November 2016, Frankfurt a. M. 2017.
- L. Klein: Dokumentation zum Fachgespräch „Digitalisierung der Gesellschaft gestalten – ältere Menschen nachhaltig stärken“ am 16. November 2016 im Rahmen des IT-Gipfels der Bundesregierung in Saarbrücken, Frankfurt a. M. 2017.
- L. Klein (unter Mitarbeit von C. Freymuth / M. Merkle): Dokumentation zum Workshop „Die Babyboomer – Teil eines zivilgesellschaftlichen Generationenvertrages?“ der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern am 13. Dezember 2016 in Berlin, Frankfurt a. M. 2017.
- L. Klein (unter Mitarbeit von E. Bubolz-Lutz / G. Heetderks): Ergebnisse der AG „Bildung im und für das Alter“ des Runden Tisches Aktives Altern, Frankfurt a. M. 2017.
- L. Klein: Ergebnisse der AG „Übergänge gestalten“ des Runden Tisches Aktives Altern, Frankfurt a. M. 2017.
- K. Lange: Die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ und ihre Bilanzierung. Expertise für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017.
- M. Merkle: Umsetzung nationaler Demenzstrategien – Europa im Vergleich. Dokumentation des Fachgesprächs am 8./9. Oktober 2015 im BMFSFJ in Berlin, Frankfurt a. M. 2016.
- M. Merkle: Vermeidung von Gewalt in der häuslichen Pflege von Menschen mit Demenz. Präventions- und Interventionsmaßnahmen in europäischen Staaten. Dokumentation des Fachgesprächs am 8./9. Dezember 2016 im BMFSFJ in Berlin, Frankfurt a. M. 2017.
- M. Merkle: Pflegende Kinder und Jugendliche – Unterstützungsmaßnahmen in Österreich, im Vereinigten Königreich und Irland, Frankfurt a. M. 2017.
- A. Rada / A. Stahlmann, unter Mitarbeit von W. Kleemann: Sozialwirtschaftsstudie Hessen. I Freie Wohlfahrtspflege und Sozialstaat – Profil und zivilgesellschaftlicher Mehrwert am Beispiel der Flüchtlingshilfe in Hessen; II Die Sozialwirtschaft Hessen als Wirtschaftsfaktor – Entwicklungslinien und volkswirtschaftliches Gewicht; III Social Return on Investment – Gesellschaftliche und soziale Wirkungen sichtbar gemacht, Frankfurt a. M. 2016.
- C. Mitschke, unter Mitarbeit von W. Kleemann: KiFaZ: Kinder und Eltern als Familie im Kontext sozialer Systeme verstehen. Evaluierende Begleitung von acht Kinder- und Familienzentren in der Landeshauptstadt Stuttgart. Abschlussbericht, Frankfurt a. M. 2016.
- C. Mitschke, unter Mitarbeit von W. Kleemann: KiFaZ: Kinder und Eltern als Familie im Kontext sozialer Systeme verstehen. Evaluierende Begleitung von acht Kinder- und Familienzentren in der Landeshauptstadt Stuttgart. Kurzfassung des Abschlussberichts, Frankfurt a. M. 2016.
- A. Rada: LGBTI-Politik: Deutschland im EU-Vergleich. Arbeitspapier Nr. 11 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.
- A. Rada: Asylrecht, Asylverfahren und Asylentscheidungen: Der Umgang mit LGBTI-Flüchtlingen in der EU. Kurzexpertise der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.
- A. Rada: Pflegekräftemigration aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland: Entwicklungslinien, Zukunftsperspektive und verantwortliche Faktoren. Arbeitspapier Nr. 14 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.
- N. Reich: Die Agenda 2030 und das Ziel der Geschlechtergleichstellung. Europäische Ansätze im Vergleich. Arbeitspapier Nr. 16 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen, Berlin 2017.
- L. Reinschmidt: Prostitution in Europa zwischen Regulierung und Verbot: Rechtslage und Auswirkungen im Vergleich. Arbeitspapier Nr. 13 der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, Berlin 2016.

Auswahl aus dem Newsletter der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen

www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/newsletter

- S. Hoyer: Ausgabe 02/2016: Kultursensible Altenhilfe in Deutschland bekannter machen – Ein bundesweites Forum.
- S. Hoyer: Ausgabe 02/2017: Neue Väter gesucht – Wie die Beteiligung von Vätern an Familienarbeit in Europa unterstützt wird.
- L. Reinschmidt: Ausgabe 01/2016: Prävention von islamistischem Extremismus bei Jugendlichen.
- L. Reinschmidt: Ausgabe 01/2016: Prostitution in Belgien: Nationales Recht und kommunale Regulierung.
- L. Reinschmidt: Ausgabe 02/2016: Prostitution in Österreich, der Schweiz und den Niederlanden: Rechtslage und Auswirkungen im Vergleich.
- L. Reinschmidt: Ausgabe 02/2016: Regulierung der Prostitution in Bulgarien, Rumänien und der Tschechischen Republik.
- L. Reinschmidt / J. Pieper: Ausgabe 01/2017: Wie werden pflegende Angehörige in Europa unterstützt? Ein Blick nach Deutschland, Österreich und Belgien.

Externe Veröffentlichungen (Auswahl)

- I. Bohn / T. Alicke: Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?, Schwalbach/Ts. 2016.
- T. Alicke / N. Seddig / S. Warkentin: Young Refugees NRW – Aus den Projekten des ISS. In: Migration und Soziale Arbeit, Ausgabe 02/2016, S. 150–153.
- T. Alicke / N. Seddig / S. Warkentin: Social service provision for young refugees

Publikationen, Vorträge und Lehraufträge

in German municipalities: Assessing individual needs and promoting long-term integration. In: FEPS/SOLIDAR (ed.): From Europe to local: Migrating Solidarity. Brussels 2016, P. 69–95.

- I. Bohn / R. Becker: „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?" in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Jahrgang 1/2016.
- I. Bohn / B. Landes / N. Seddig / S. Warkentin: Ich brauche hier nur einen Weg, den ich finden kann. Ankommen und Einleben in NRW aus der Sicht geflüchteter Kinder und Jugendlicher, Frankfurt a. M. 2016.
- I. Bohn / J. Saßmannshausen / S. Kühnel: Zweiter Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie" im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit", Frankfurt a. M. 2016.
- I. Bohn: „Lokales Klima der Bedrohung von engagierten Akteuren gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Am Beispiel der Partnerschaften für Demokratie", in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis. Jahrgang 1/2017.
- B. Buschmann / D. Gärtner / V. Grimm / C. Osiander / G. Stephan: „Wer würde unter welchen Umständen für Tarifkommissionen kandidieren?" Ergebnisse einer Vignettenstudie. LASER discussion papers, 93, Erlangen 2016.
- G. Holz: Armut bei Kindern und Familien, in: W. Schröer / N. Struck / M. Wolff (Hrsg.): Handbuch der Jugendarbeit, Weinheim 2016, S. 404–436.
- G. Holz: Armut und Armutsprävention in Kindertagesstätten – Chancen für armutssensibles Handeln, in: unserer jugend 2/2016, S. 57–67.
- G. Holz: Familien in Armut – Unterstützungsleistungen durch die Kita, in: kita aktuell NRW 02/2016, S. 37–39.
- G. Holz: Präventionsketten / Integrierte kommunale Gesamtstrategie, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Ergänzungsband 2016, Köln, 2016, S. 227–233.
- G. Holz: Stichwort „Altentagesstätte / Altenbegegnungsstätte", in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. 8. Auflage, Baden-Baden, 2016, S. 20–21.
- G. Holz: Kinderarmut und familienbezogene soziale Dienstleistungen, in: E-U. Huster / J. Boeckh / H. Mogge-Grotjahn (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, 2. überarb. und erweiterte Auflage, Weinheim 2017, S. 687–716.
- G. Holz: Stichworte „Alter", „Altenpolitik", „Sterbebegleitung", in: Kreft / Mielenz (Hrsg.) Handbuch der Sozialen Arbeit, 8. vollst. überarb. Auflage, Weinheim 2017, S. 77–89, 991–994.
- G. Holz / B. Landes / N. Seddig: Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen. FGW Studie Vorbeugende Sozialpolitik 04, Düsseldorf 2017.
- G. Holz: Wirksame Wege zur Verbesserung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern aus Familien in prekären Lebenslagen (zus. mit P. Apel, H. Bonin, A. Lenze, S. Borkowski, M. Wrase), Berlin 2017.
- G. Holz: Wohnungslose Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg, in: Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (Hrsg.): Dokumentation Facharbeitsgruppen Jahresforum Extra, Karlsruhe 2017.
- S. Hoyer: Wie geht Muslimische Wohlfahrtspflege in Europa? Erfolgsfaktoren muslimischer Dachverbandsstrukturen in Österreich und den Niederlanden, in: NDV 12/2016, S. 567–571.
- K. Lange: Warum die UN-Frauenkonvention kaum von der deutschen Justiz angewendet wird. In: S. Berghahn / U. Schultz (Hrsg.): Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Verlag DasHoefer, Mai 2017, Band 1. Grundlagen 1/1. S. 1–18.
- C. Mitschke: „Kurzbericht zu einer gesonderten Fragestellung zum BSA+-Profil im Rahmen der Evaluation des Pilotprojektes der „Neuausrichtung der Betreuung und Unterbringung von Wohnungslosen" in der Landeshauptstadt München", Hrsg.: Landeshauptstadt München, Sozialreferat / Amt für Wohnen und Migration, München, Dezember 2016.
- W. Kleemann: Ergebnisse und Erkenntnisse der ISS–AWO–Ortsvereinsstudie, in: Mehr vom Miteinander. Wie bürgerschaftliches Engagement sozialen Zusammenhalt befördern kann. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Sonderheft 2016, S. 131–139.
- C. Laubstein / G. Holz / N. Seddig: Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche – Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, Gütersloh 2016.
- M. Merkle / T. Alicke: Les réfugiés mineurs non accompagnés en Allemagne, in: Revue Vie Sociale et Traitements (V.S.T.) Nr. 130: S. 89–93, Toulouse 2016.
- A. Rada: Situación de los refugiados LGBTI en Europa: Trayectoria y retos der derecho de asilo en la Unión Europea [Artikel auf Spanisch]. In: Tiempo de Paz, Nr. 120: S. 81–88.
- A. Rada: EU-Asylrecht für LGBTI-Flüchtlinge – Flucht vor Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität, in: Migration und Soziale Arbeit, 2/2016, S. 133–141.
- N. Reich: Wie gelingt Integration? Ansätze für die gesellschaftliche Integration von neu zugewanderten Familien in Deutschland, Schweden und Dänemark, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 4/2016, S. 282–291.
- S. Scheele: Männerbewegungen & Feminismus – Fraktionen, Bündnisse und Protest. Interview mit S. Scheele. F. Schmidt / T. Nagel / J. Engelmann (Hrsg.): Play Gender, Mainz: Ventil, S. 60–67.
- N. Seddig / G. Holz / C. Laubstein: Das „Kindergesicht" der Armut, in: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik-TPS, Band 10, Sonderheft „Kindheitsforschung", S. 32–36.
- I. Volf / S. Kühnel: Bericht der Landesregierung an den Hessischen Landtag über die Durchführung der Regelungen in Art. 1 Hessisches Kinderförderungsgesetz (HessKiföG) nach Art. 5a HessKiföG. Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden 2016.
- M. Weinmann: Cutting the Ties? Generational Limitations in Canada's and Germany's Citizenship Laws. In: Review of European and Russian Affairs 11:1 (online), 2017.
- M. Weinmann: „Doppelpass mit Generationenschnitt": Modell und Umsetzungsmöglichkeiten, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 50:5, S. 144–147, München 2017.

Vorträge (Auswahl):

- I. Bohn: „Wertebildung in der Zuwanderungsgesellschaft – Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen“ im Rahmen des 5. Treffens des Netzwerks Wertebildung der Bertelsmann Stiftung, 25. April 2016, München.
- I. Bohn: „Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie“, 5. Bund-Länder-Treffen, 14. September 2016, Berlin.
- I. Bohn: „Was tun in Kommunen, damit die Stimmung gegenüber Geflüchteten nicht kippt?“, Fachaustausch der Partnerschaften für Demokratie in Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 29. Juni 2016, Berlin.
- I. Bohn: „Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie“, 9. Bund-Länder-Treffen 08. November 2017, Berlin.
- R. Frey: “Putting Gender Equality Policy into Practice“ für die Friedrich-Ebert-Stiftung, 13. Oktober 2017, Berlin.
- G. Holz: Vortrag und Podiumsdiskussion „Was brauchen Familien – Lebenslagen und Bedürfnisse (armer) Kinder und Eltern“, anlässlich des 4. Caritaskongress, 14. April 2016, Berlin.
- G. Holz: Präsentation der ISS-Meta-Studie “Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche – Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, anlässlich der 7. Expertentagung „Familie und Bildung – Politik vom Kind aus denken“ der Bertelsmann Stiftung, 24. Juni 2016, Frankfurt a. M.
- G. Holz: Einführungsvortrag „Das Kindergesicht der Armut – Folgen und Ansatzpunkte zur Prävention“, anlässlich der Arbeitstagung von Deutsches Kinderhilfswerk und Heinrich-Böll-Stiftung, 25. Oktober 2016, Berlin.
- G. Holz: Vortrag „Kindheit – Jugend – Junges Erwachsenenalter – (Langzeit)Wirkungen von Armut im Lebensverlauf“, anlässlich der Geschäftsführerkonferenz der Arbeiterwohlfahrt, 17. Februar 2017, Dortmund.
- G. Holz: Einführungsvortrag „Armutsbetroffene Kinder – Bedingungen für ein positives Aufwachsen schaffen und gestalten“ sowie Workshop „Armutssensibles Handeln in Kitas“ anlässlich des 1. Fachtags „Kinder Stärken“ der Sächsischen Landesvereinigung für Gesundheit, 11. September 2017, Dresden.
- G. Holz: Festvortrag „Chancen und Teilhabe für alle ermöglichen – Spezifische Unterstützung herkunftsbenachteiligter Eltern und ihrer Familien“, anlässlich des Festaktes „10 Jahre Elternbildung“, 6. Oktober 2017, Wiesbaden.
- M. Hilkert / J. Saßmannshausen: Umsetzung der Konzeptförderung der außerschulischen Jugendbildung im Rahmen des Landesjugendförderplans 2012–2015 (2016), Sechstes Treffen der Planungsgruppe AG Landesjugendförderplan 2017 bis 2021, 18. Februar 2016, Erfurt.
- S. Hoyer: Das ISS-Projekt Empowerment zur Wohlfahrtspflege mit den DIK-Verbänden, AWO Fachausschuss Soziales und Gesundheit, 10. November 2017, Berlin.
- W. Kleemann: Ergebnisse der Sozialwirtschaftsstudie Hessen. 70 Jahre LIGA Hessen – Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, 10. Mai 2016, Wiesbaden.
- L. Klein: Caring Communities – Vom Leitbild zu Handlungsansätzen. Vortrag im Rahmen des „Social Talk 2016 – Crowds, Movements & Communities?!“, 30. November 2016, Darmstadt.
- L. Klein: Kommentar: Engagement im zentralen Handlungsfeld Pflege und Sorge. Fachtagung „Zweiter Engagementbericht: Perspektiven für das soziale Bürgerschaftliche Engagement“ von Deutschem Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), 24. April 2017, Berlin.
- K. Lange: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Vortrag im Rahmen des Forums Chancengleichheit im Erwerbsleben, 25. Oktober 2017, Stuttgart.
- K. Lange: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Vortrag im Rahmen des Empfangs der Delegation von Parlamentskandidatinnen aus Bosnien-Herzegowina, 15. November 2017, Berlin.
- M. Merkle: Bestandsaufnahme der Demenzversorgung in den Bundesländern. Vorstellung der Ergebnisse beim Bund-Länder-Gespräch im BMFSFJ, 09. Februar 2017, Berlin.
- C. Mitschke: „Zentrale Entwicklungslinien aus Evaluationsperspektive – Evaluierende Begleitung von acht Kinder- und Familienzentren in Stuttgart“, Fachtag Kinder- und Familienzentren, 17. Februar 2016, Stuttgart.
- J. Pieper: „Zwischen Arbeit und familiärer Pflegeverantwortung. So fördern europäische Staaten die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“, 24. Oktober 2017, Berlin.
- A. Rada und M. Merkle: Wissenschaftliche Arbeit im Bereich der Sozialpolitik im europäischen Kontext. Ringvorlesung an der Fliedner Fachhochschule Düsseldorf, 28. April 2017, Düsseldorf.
- A. Rada: LGBTI-Politik: Deutschland im EU-Vergleich, Fachtag „LSBT*IQ-Politiken im Wandel – Europa, Deutschland, Hessen“, 8. Juli 2016, Wiesbaden.
- A. Rada: Zentrale Ergebnisse des Projektes „Sozialwirtschaftstudie Hessen“ im Auftrag der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V., Vortrag im Rahmen der Geschäftsführer und Direktorenkonferenz der Caritas Diözese Limburg, 29. November 2016, Limburg.
- J. Saßmannshausen: Weiterbildungsreihe für die Koordinator*innen Lokaler Partnerschaften für Demokratie – Vorstellung ausgewählter Zwischenergebnisse, Auswertungsworkshop – 1. Durchgang der Weiterbildung für Partnerschaften für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, 13. April 2016, Berlin.
- J. Saßmannshausen: Demokratiequalität in der kommunalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, Transferworkshop des Programmbereichs „Lokale Partnerschaften für Demokratie“, 29. November 2016, Frankfurt a. M.
- J. Saßmannshausen: Förderliche Faktoren demokratischer Qualität „Lokaler Partnerschaften für Demokratie“, Transferworkshop des Programmbereichs „Lokale Partnerschaften für Demokratie“, 30. November 2016, Frankfurt a. M.
- J. Saßmannshausen / I. Bohn: Vorstellung des zweiten Zwischenberichts 2016 zum Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ / Gesamtworkshop der wissenschaftlichen Begleitungen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 6. Dezember 2016, Halle.
- S. Scheele: Von Antifeminismus zu ‚Anti-Genderismus‘? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe, Keynote auf der Tagung Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus, Gunda-Werner Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, 31. Mai 2016, Berlin.

Publikationen, Vorträge und Lehraufträge

- N. Seddig / G. Holz: Subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Neue Perspektiven für die Sozialberichterstattung. Fachveranstaltung „Armut–Ausgrenzung–Teilhabe“, 20. Mai 2016, Düsseldorf.
- N. Seddig / B. Landes: Young Refugees NRW – Die Perspektive der jungen Geflüchteten. Fachtagung „Young Refugees NRW – Integration vor Ort gestalten“, 02. September 2016, Bochum.
- A. Stahlmann / T. Drößler: Mehrgenerationenhäuser im Kontext integrierter kommunaler Sozialplanung, 21. September 2016 und 28. September 2016, Dresden.
- I. Volf: „Evaluationsergebnisse des Hessischen Kinderförderungsgesetzes“, Fachtagung für Erzieher*innen, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Hessen (ver.di), 21. März 2017, Frankfurt a. M.
- I. Volf: “Sonderförderung von Kitas anhand sozialer Indikatoren für Kinder. Beispiele aus Hamburg, Berlin und Hessen“, Fachtagung “Kinderarmut: Was kann die Kita tun?“, Landtag von Sachsen-Anhalt, 29. November 2017, Magdeburg.
- M. Weinmann: Migration und Integration in Deutschland. Langfristige Entwicklungen und aktuelle Trends. „Interkulturelle Perspektiven. Vielfalt als Chance und Herausforderung: Fortbildungsseminar für Lehrkräfte aller Schularten“, 27. November 2017, Tutzing.

Lehraufträge:

- M. Hilkert: Wahlpflichtfach „Erzieherische Hilfen“, Pädagogische Akademie Elisabethenstift, Darmstadt, Schuljahre 2015/16 und 2016/17.
- M. Hilkert: Begleitunterricht Berufspraktikum (Schwerpunkt Hilfen zur Erziehung), Pädagogische Akademie Elisabethenstift, Darmstadt, Schuljahr 2015/16.
- M. Hilkert: Vertiefung Hilfen zur Erziehung, Pädagogische Akademie Elisabethenstift, Darmstadt, Schuljahr 2017/18.

Praxisforschung und Projekte

Als Institut für Praxisforschung steht das ISS-Frankfurt a. M. an der Schnittstelle von wissenschaftlicher Forschung, Politik und Praxis der Sozialen Arbeit. Das Institut hat die unterschiedlichen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit zum Forschungsgegenstand und gleichzeitig die Aufgabe, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis der Sozialen Arbeit zu transportieren.

Zentrale Forschungsfelder

- Familie, Kinder und Jugend
- Wohlfahrtspflege
- Prekäre Lebenslagen
- Migration
- Ältere Menschen
- Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement
- Qualitätsentwicklung
- Methodenentwicklung für die Praxis der Sozialen Arbeit

Dienstleistungen

Das ISS-Frankfurt a. M. erbringt wissenschaftliche und praxisorientierte Dienstleistungen für Ministerien, Kommunen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände und Träger sozialer Einrichtungen.

- Beobachtung und Analyse von gesellschaftlichen Entwicklungen
- Innovative Projektarbeit für die Praxis
- Praxisforschung
- Evaluationen
- Wissenschaftsbasierte Begleitung von Modellprojekten
- Praxisentwicklung, -begleitung und -beratung
- Qualitätsentwicklung
- Fort- und Weiterbildung, Fachtagungen, berufsbegleitende Zusatzqualifikationen und Seminare

Organisation

Ein Institut auf dem Weg zur agilen Organisation – das ISS verändert sich

Die letzte größere Organisationsveränderung im ISS fand im Jahr 2011 statt. Als Reaktion auf die immer schwierigere Refinanzierung wurden Geschäftsfelder gegründet, die mit einem besonderen Fokus auf Zuwendungs- und Auftraggeber bestimmte Themen bearbeiten sollten. Die Geschäftsfelder sollten dabei relativ autark in einer starken Linienorganisation agieren und zum Institutszweck beitragen.

Einige schon damals zu beobachtende Entwicklungslinien treten mittlerweile immer deutlicher zutage und führten letztlich zu einer Überarbeitung des inneren Aufbaus:

1. Die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse in den Umwelten des Instituts beschleunigen sich in großem Maße. Dies zeigt sich beispielsweise an immer kürzeren Fristen innerhalb von Vergabeverfahren oder an immer begrenzteren Laufzeiten von Studien.

Insbesondere die mittlerweile vielfach vorgeschriebenen Evaluationen von Modellprojekten und politischen Programmen sollen oft binnen weniger Wochen oder Monate vorgenommen werden. Die Phasen für politische Entscheidungsprozesse werden kürzer und die Wissenschaftliche Begleitung soll dafür schnellstmöglich Vorlagen liefern.

Die Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards erfordert in diesem Umfeld Durchsetzungsvermögen und häufig genug die Entscheidung, sich nicht an unseriösen Vorhaben zu beteiligen.

Gleichwohl bringt die Beschleunigung mit sich, dass ein Institut jederzeit und kurzfristig teilweise beträchtliche Arbeitsenergie und -zeit in Angebotsverfahren und neue Projekte stecken können muss – in Vergabeverfahren bei gleichzeitiger Unsicherheit, ob ein Zuschlag erfolgt oder nicht.

2. Der demografische Wandel und der damit verbundene immer größere Aufwand, geeignetes Personal für die anspruchsvolle Arbeit in unserem Institut zu finden, ist in vielen Bereichen spürbar. Der Arbeitsmarkt für akademisch ausgebildete Menschen, die den für uns unerlässlichen Bezug zur Fachpraxis mitbringen, ist sehr eng.

Die Ansprüche der Mitarbeitenden an „gute Arbeit" werden vielfältiger. Für viele stehen Vereinbarkeitsfragen im Vordergrund, andere möchten ihren Einsatz sehr genau eingrenzen, wieder andere möchten die Möglichkeit haben, viel für Weiterentwicklung und Karriere investieren zu

ISS-Vorstand

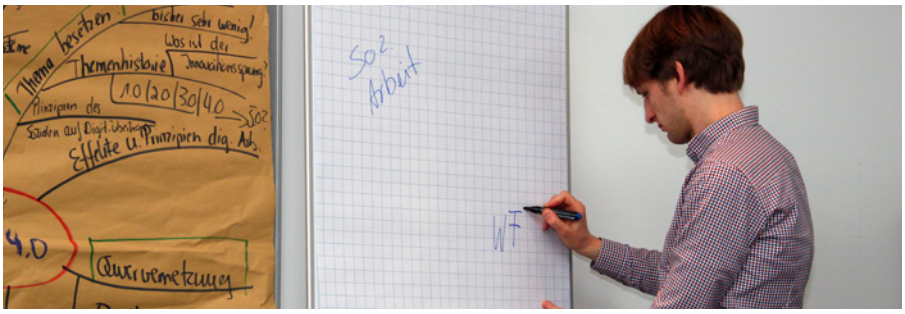
Der bisherige Vorstand wurde 2017 von den Mitgliedern des Vereins im Amt bestätigt. Er besteht aus Gerwin Stöcken, Helga Kühn-Mengel, dem langjährigen und ebenfalls im Amt bestätigten Vorsitzenden Rudi Frick und Prof. Dr. Thomas Beyer (von rechts nach links). Der Direktor Benjamin Landes ist ständiger Gast des Vorstandes.

können. Um dabei als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, muss eine Vielzahl von Tätigkeitssettings möglich sein.

All diese Entwicklungslinien führen zu deutlich gesteigerten Anforderungen an Flexibilität und organisatorische Dynamik. Personalkapazitäten müssen schnell verschoben, fachliche und methodische Kompetenz in neuen Kontexten passend zusammengesetzt werden können. Die Wünsche der Mitarbeitenden nehmen wir ernst, sie potenzieren aber die Anforderungen an Flexibilität weiter.

Die in 2011 etablierte Organisation des ISS war für diese Anforderungen zu starr. Wir starteten deshalb in 2016 einen Prozess, um einen besseren Aufbau für das Institut zu finden. Dieser Prozess resultierte in der Auflösung der abteilungsähnlichen Geschäftsfelder, denen Mitarbeitende fest zugeordnet waren. Wir definierten stattdessen inhaltlich-fachliche Themenbereiche, denen Projekte zugeordnet sind. Mitarbeitende werden seither per Vereinbarung mit einer definierten Arbeitszeit Projekten gemäß deren zeitlichen Befristungen zugeordnet. Zur Umsetzung haben wir die Prozesse und Entscheidungswege angepasst und beschleunigt. Mitarbeitende am Institut entwickeln sich durch Spezialisierung oder Generalisierung.

Der Veränderungsprozess läuft weiterhin und wir orientieren uns dabei an den Grundgedanken der „agilen Organisation". Die Etablierung eines Projektmanagementbüros und die Einführung einer integrierten Software (siehe S. 38) ergänzen die interne Neu-Aufstellung als zukunftsfestes und modernes Forschungsinstitut.



Fachbeiräte

Beirat Migration und Soziale Arbeit

Die Arbeit des ISS-Frankfurt a. M. wird seit vielen Jahren durch den wissenschaftlichen Beirat der vom ISS-Frankfurt a. M. herausgegebenen Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit" regelmäßig begleitet.

Wolfgang Barth, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Berlin
Prof. Dr. Gazi Caglar, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Hildesheim
Prof. Dr. Schahrzad Farrokhzad, Technische Universität Köln
Prof. Dr. Dieter Filsinger, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Saarbrücken
Prof. em. Dr. Stefan Gaitanides, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Thomas Geisen, Fachhochschule Nordwestschweiz, Olten (Schweiz)
Sonka Gerdes, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
Dr. Bertold Huber, ehem. Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Hakki Keskin, Hamburg
Dr. Maria Kontos, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Thomas Kunz, Fachhochschule Frankfurt a. M.
Benjamin Landes, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Sybille Münch, Leuphana Universität, Lüneburg
Dr. Andrés Nader, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V., Berlin
Prof. Dr. Markus Ottersbach, Technische Universität Köln
Prof. Dr. Ria Puhl, Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Köln
Prof. Dr. Axel Schulte, Leibnitz Universität, Hannover
Prof. em. Dr. Gerd Stüwe, Bad Nauheim
PD Dr. Dursun Tan, Niedersächsische Staatskanzlei, Hannover
Prof. Dr. Andreas Treichler, Fachhochschule Frankfurt a. M.
Dr. Armin von Ungern-Sternberg, Magistrat der Stadt Frankfurt a. M.
Martin Weinmann, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt a. M.
Dr. Ingrid Wilkens, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
Prof. Dr. Erol Yildiz, Leopold-Franzens-Universität, Innsbruck (Österreich)

(Stand 12/2017)

Struktur des ISS in 2016 ...

Mitgliederversammlung

Vorstand

Rudi Frick (Vorsitzender)
Prof. Dr. jur. Thomas Beyer
Helga Kühn-Mengel MdB
Gerwin Stöcken

Institutsleitung

Benjamin Landes (Direktor)

Verwaltung

Benjamin Landes (Leitung)
Petra Baum
Lisa Born
Barbara Braun-Schönwandt
Gudrun Hahnenstein
Jens Küsslich
Miriam Lorey
Annerose Paluch
Pia Theil

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa (BEO)

Dr. Sören Hoyer (Projektkoordination)
Niklas Kramer
Maike Merkle
Alejandro Rada
Nele Reich
Lena Reinschmidt

Geschäftsstelle Zweiter Gleichstellungsbericht

Dr. Regina Frey (Projektleitung)
Debora Gärtner
Katrin Lange
Sophie Rotino
Sebastian Scheele
Jessica Schon

Geschäftsfeld Sozialer Zusammenhalt und Beteiligung

Irina Bohn (Leitung)
Sybille Kühnel
Jan Saßmannshausen
Dr. Irina Volf

Geschäftsfeld Soziale Inklusion

Claudia Laubstein (kommiss. Leitung)
Tina Alicke
Gerda Holz
Nadine Seddig
Stephanie Warkentin

Geschäftsfeld Soziale Innovation

Wolfgang Kleemann (Leitung)
Marius Hilkert
Dr. Ludger Klein
Caroline Mitschke
Anne Stahlmann

(Stand 31/12/2016)

... und ab Mitte 2017

Mitgliederversammlung

Vorstand

Rudi Frick (Vorsitzender)
Prof. Dr. jur. Thomas Beyer
Helga Kühn-Mengel
Gerwin Stöcken

Institutsleitung
Benjamin Landes
Direktor

Verwaltung

Mitarbeiterinnen:
Lisa Born, Annerose Paluch

Projekt-managementbüro
Leitung
Jens Küsslich

Mitarbeiterinnen:
Petra Baum, Barbara Braun-Schönwandt, Gudrun Hahnenstein, Miriam Lorey, Anne Oertel, Pia Theil

Bereichsleitung
Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention
Irina Bohn

Bereichsleitung
Europa und Gleichstellung
Dr. Regina Frey

Bereichsleitung
Alter / Kinder, Jugend, Familie / Wohlfahrtsverbände
Wolfgang Kleemann

Bereichsleitung
Armut und Migration
Dr. Irina Volf

Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen:
Dr. Marco Bräuer,
Julia Däumling,
Debora Gärtner,
Julia Hallmann,
Marius Hilkert,
Gerda Holz,
Dr. Sören Hoyer,
Susanne Johansson,
Eleonora Josifovska,
Dr. Ludger Klein,
Dr. Mara Kuhl
Katrin Lange,
Claudia Laubstein,
Dr. Mikhail Logvinov,
Eden Mengis,
Maike Merkle,
Ellen Mettke,
Caroline Mitschke,
Alejandro Rada,
Lena Reinschmidt,
Sophie Rotino,
Jan Sassmannshausen,
Anne Stahlmann,
Martin Weinmann,
Isabell Ziegler

(Stand: 31/12/2017)

Neu im ISS: Das Projektmanagementbüro

Leitung des PMB

Jens Küsslich

jens.kuesslich@iss-ffm.de
069 957 89-174

Bereits seit November 2015 hat das ISS-Frankfurt a. M. einen Teil der Verwaltung in einer neuen Organisationseinheit zusammengefasst, dem Projektmanagementbüro. In diesem sind bestimmte Aufgaben der Projektplanung, des Projektcontrollings und der Projektassistenz mit dem Ziel zusammengefasst, damit verbundene Arbeitsprozesse einheitlicher zu gestalten und zentrale Aspekte davon weiter zu qualifizieren. Durch gezielte Entlastung des wissenschaftlichen Bereiches von stark verwaltungslastigen Aufgaben und Unterstützung in Fragen des Projektmanagements sollte die Steuerung der einzelnen Projekte und damit die Projektsteuerung im ISS insgesamt verbessert werden.

Ein Schwerpunkt der damit verbundenen neuen Tätigkeit war und ist die Entwicklung und Einführung einer einheitlichen Systematik zur Kalkulation von Arbeitsaufwand und Kosten der Projekte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die jeweils zwischen 20 und 40 gleichzeitig im ISS abzuwickelnden Forschungs- und Beratungsprojekte in ihrer Struktur, ihren Inhalten und ihren Anforderungen an Projektmanagement und -steuerung sehr stark voneinander unterscheiden. Die Informationen aus den in dieser Systematik entstehenden Sollkalkulationen jedes einzelnen Projektes münden dann u. a. auch in eine Auswertung zur Arbeitsauslastung der Mitarbeiterschaft und der vorhandenen Kapazitäten über das ganze Institut hinweg. Dies war und ist eine wichtige Voraussetzung, das wissenschaftliche Personal auch über Projekt- und Bereichsgrenzen hinaus nach dem Bedarf und den vorhandenen Kapazitäten sinnvoll einsetzen und somit das neue Organisationsmodell des ISS umsetzen und steuern zu können.

Im Jahr 2016 fiel auch die Entscheidung, das ISS mit einer neuen und integrierten Software für das Rechnungswesen, die Personalzeiterfassung und das Projektcontrolling auszustatten. Bisher arbeitet das ISS in den verschiedenen Bereichen der Finanzbuchhaltung, der Kostenrechnung und des Personalwesens teilweise mit voneinander unabhängigen EDV-Systemen und teilweise mit selbst erstellten oder individuell entwickelten Excel-Tools. Die dadurch unvermeidlichen System- und auch Medienbrüche in den diversen Verwaltungs- und Steuerungsabläufen haben einen hohen Personalaufwand zur Pflege der Schnittstellen zur Folge. Mit der Einführung einer neuen EDV-Lösung für diesen Bereich erreicht das ISS daher neben besseren Planungs- und Steuerungsinformationen und dem genaueren Projektcontrolling auch das Ziel der Arbeitszeitersparnis in bestimmten Bereichen und kann Synergieeffekte besser ausnutzen.

Die Erarbeitung eines Pflichtenheftes, die Auswahl eines passenden Produktes und die Vorbereitung der umfassenden ISS-spezifischen Anpassung sowie die Einführung waren die großen Aufgabenbereiche in diesem internen Projekt, das einen nicht unerheblichen Anteil der Arbeitskraft der Mitarbeiter*innen des Projektmanagementbüros über das Jahr 2017 hinweg gebunden hat.

Die tatsächliche Einführung der neuen Software namens „eGecko“ erfolgt im Juni 2018.

Kontakte

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Zeilweg 42
60439 Frankfurt a. M.
Postanschrift:
Postfach 50 01 51
60391 Frankfurt a. M.
Telefon: +49 (0) 69 957 89-0
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: info@iss-ffm.de
Internet: www.iss-ffm.de

Direktor
Benjamin Landes
Telefon: +49 (0) 69 957 89-111
Telefax: +49 (0) 69 957 89-234
E-Mail: benjamin.landes@iss-ffm.de

Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit
Benjamin Landes
Telefon: +49 (0) 69 957 89-0
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: redaktion-migsoz@iss-ffm.de

Veranstaltungsmanagement
Telefon: +49 (0) 69 957 89-153
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: veranstaltungen@iss-ffm.de

Öffentlichkeitsarbeit
Petra Baum
Telefon: +49 (0) 69 957 89-173
Telefax: +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail: petra.baum@iss-ffm.de

Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 957 89-0
Telefax +49 (0) 69 957 89-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de

forschen · beraten · gestalten